

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 11.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 18. März 1911.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Frühlingsnahen.

Der letzte Schnee, der an den Hängen liegt,
Er muß zerrinnen bald in Grund und Spalten.
Die stolze Sonne jauchzt, sie hat gefiegt
Und wird des Waldes Schönheit schnell entfalten.
Das Bächlein plaudert wandersfroh dahin,
Die Wolkensfahnen flattern in der Bläue,
Aus weichem Finkied klingt heit'rer Sinn,
Die Weiden wachen auf in holder Scheue.
Das Dörfchen blickt im tiefen, stillen Tal
Die Hügel an, die klaren Himmelsweiten,
Und Menschen fühlen, wie berauscht, den Strahl
Des Frühlingsglücks in ihre Seelen gleiten.
Johannes Goebels.

Baumwollindustrie und „Baumwollfrage“ *)

Die eigenartige Lage, in der sich die deutsche Baumwollindustrie und auch die Baumwollverarbeitung der anderen europäischen Industriestaaten seit einigen Jahren befindet, beschäftigt immer weitere Kreise. Bei dem großen Interesse, die die hierbei spielenden Vorgänge und Entwicklungen für unser ganzes Wirtschaftsleben und namentlich für unseren Beruf besitzen, sei hier ein Ueberblick über die in Betracht kommenden Hauptfragen gegeben.

Zunächst ein Blick auf den

Umfang und die Bedeutung

unserer Baumwollindustrie.

Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Baumwollindustrie erhellt aus folgenden Ziffern: Die gesamte deutsche Textilindustrie umfaßt nach der Betriebszählung von 1907 136364 Betriebe mit 1 088 280 darin beschäftigten Personen. Davon entfielen auf die

| | Betriebe | Personen |
|--|----------|----------|
| Baumwollspinnerei | 1061 | 98 746 |
| Wigogne- (Mischung von Wolle und Baumwolle) -Spinnerei | 86 | 6 493 |
| Baumwollweberei | 16 139 | 159 061 |
| Baumwollbleicherei, -Färberei usw. | 1 688 | 39 329 |
| Zusammen | 18 974 | 303 639 |

Dazu kommen noch all die Betriebe und Personen, die mit der noch weiteren Verarbeitung von Baumwollprodukten beschäftigt sind, so z. B. Strickerei und Wäckerlei, die Bekleidungs- und Wäscheindustrie. Im ganzen wird die mit baumwollindustrieller Tätigkeit beschäftigte Arbeiterschaft auf rund 1 Million angegeben. Das ist 1/3 unserer ganzen Industriearbeiterwelt. Sie alle sind direkt von der Lage der Baumwollindustrie aufs weitgehendste beeinflusst. Fernerhin haben eine ganze Reihe anderer deutscher Industrien (vor allem die Maschinenindustrie, chemische Industrie usw.) das tiefgreifendste Interesse am Gedeihen der Baumwollindustrie. Das gleiche gilt selbstverständlich für die gesamte Arbeiterwelt all der genannten Industrien. Ihrerseits kommt diese Arbeiterschaft wieder für die Baumwollindustrie und die anderen Gewerbe und Industrien, einschließlich der Landwirtschaft, in Frage als bedeutsame Konsumbevölkerung. Ferner: 700 Millionen Mark Kapital waren schon 1902, in der Baumwollindustrie investiert, 321,7 Millionen Mark an Wert betrug im Jahre 1909 die Ausfuhr von Baumwollwaren.

*) Siehe zu dieser Frage auch die beiden Artikel: „Baumwollfrage und Textilarbeiterchaft“ und „Deutsch-koloniale Baumwollunternehmungen“ in Nr. 22, Jahrgang 1910 der „Textilarbeiter-Zeitung“.

So ist das Interesse der Baumwollindustrie und ihre Lage tief verankert im wirtschaftlichen und sozialen Gesamtleben der deutschen Volkswirtschaft.

Nun ist aber die Lage der deutschen Baumwollindustrie seit geraumer Zeit zusehends schwieriger geworden. Ein Schicksal, das sie freilich mit der anderer Länder, vor allem Englands teilt. Der Gründe hierfür sind in der Hauptsache zwei:

1. Der ständig sich verschärfende

Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte.

Diese Verschärfung hängt zunächst zusammen mit den großen Produktionssteigerungen in der Baumwollindustrie. So hatte z. B. Deutschland im Jahre 1846 nur 750 000, 1877: 4,2 Millionen, 1891 schon 6 Millionen, 1898: 7,4 Millionen, 1901: 7,9 und 1910: 10,1 Millionen Baumwollspindeln aufzuweisen. Englands Baumwollspindelzahl wuchs von 44,8 Millionen im Jahre 1890 auf 53,7 Millionen am 1. März 1910. Im ganzen hat die Zahl der Baumwollspindeln auf dem europäischen Kontinent (also ohne Einrechnung Englands) zugenommen von 26,0 Millionen im Jahre 1890 auf 40,2 Millionen Spindeln im Jahre 1910. Wie sehr selbst in den europäischen Ländern, die nicht bei den Hauptindustriengebieten des Weltverkehrs mitgezählt werden, die Baumwollverarbeitung zugenommen hat, zeigt beispielsweise Italien, das zwischen 1895 und 1907 seine Ausfuhr an Baumwollwaren von 20,4 Millionen auf 97 Millionen Lire gesteigert hat, wobei gleichzeitig seine Einfuhr von Baumwollgeweben von 60 auf 17 Millionen Lire und die Einfuhr von Baumwollgarnen von 37 auf 5 Millionen Lire zurückging. (Lire = 80 Pfg.)

All die gewaltig gesteigerten Produktionsmengen drängen auf Absatz. Wie das Beispiel Italiens zeigt, engte sich zunächst die Absatzmöglichkeit in den europäischen Ländern ein dadurch, daß sie alle in gesteigertem Maße ihren Bedarf selbst produzieren und noch viel darüber hinaus. Die Mehrproduktion muß ihren Absatz „auf dem Weltmarkt“ suchen. Aber auch dort spizen sich die Konkurrenzverhältnisse von Jahr zu Jahr zu. Die kritische Lage der europäischen Baumwollindustrie wird durch folgende Zahlen illustriert:

| | | |
|-----------|---|--------|
| 1885—1895 | Zunahme der Baumwollindustrie Englands | 4 1/2% |
| 1885—1895 | Zunahme der Baumwollindustrie der Ver. Staaten Nordamerikas | 24% |
| 1885—1895 | Zunahme der Baumwollindustrie Ostindiens | 45% |

Japan, das erst 1875 die ersten Spinnmaschinen einfuhrte, beschäftigte 1883: 45 000, 1894 bereits 798 000 Spindeln; in neuester Zeit stieg die Spindelzahl in Nordamerika von 14,6 Millionen im Jahre 1890 auf 25,5 Millionen im Jahre 1906; das bedeutet eine Steigerung um 74%. Die Spindelzahl in Ostindien stieg im gleichen Zeitraum um 55%, nämlich von 3,4 auf 5,2 Millionen. Die Ausfuhr von Baumwollwaren stieg in Amerika von 4,1 Millionen Dollar im Jahre 1875 auf 25,2 Millionen Dollar (= ca. 100 Millionen M.) im Jahre 1908. Höchst bemerkenswert ist besonders auch die Ausfuhrsteigerung Japans. Dieses neu erwachsene und gewaltig aufstrebende Industrieland führte aus an Baumwollgarnen im Jahre 1891: 0; im Jahre 1906 um 35,3 Millionen Yen (= ca. 72 Millionen M.); an Baumwollgeweben betrug die Ausfuhr Japans:

| | |
|-------|--|
| 1891: | einen Wert von 0,3 Mill. Yen (= 600 000 M.); |
| 1906: | " " " 15,6 " (= 32 Mill. M.). |

Das heißt also: Die Gebiete der „neuen Welt“ haben sich selbst schon stark industrialisiert, und zwar nicht allein die nordamerikanische Union, sondern auch die Gebiete des „fernen Ostens“, die bisher die Hauptabsatzländer des europäischen

Ueberseeabzages für Baumwollwaren gewesen sind. Und gerade die „neuen“ Baumwollindustriengebiete (vor allem Amerika und Japan) schieden sich an, der europäischen Ausfuhr noch mehr Hindernisse im „fernen Osten“ zu bereiten.

Wer sich nur mit einiger Aufmerksamkeit diese Entwicklungsziffern vor Augen hält, gewinnt einen, wenn auch nur schwachen Begriff von dem ungeheuren Ringen der Baumwollindustrien um ihre Existenz und ihre Zukunft.

2. Doch das ist's nicht allein. Noch viel stärker als der Kampf um den Absatzmarkt der Produkte fällt neuerdings ins Gewicht:

der Kampf um die Rohstoffzufuhr.

Und das Wichtigste hierbei ist: Die „alten“ d. h. die europäischen Industriegebiete produzieren selbst nicht die Rohstoffe, liefern keine Baumwolle.

Das hatte noch vor nicht langer Zeit nicht viel zu besagen. Bis weit in die 80er Jahre hinein war die Baumwollproduktion des Hauptlieferungslandes Amerika mehr als hinreichend für den industriellen Bedarf der Welt gewesen. Das wurde anders, je mehr sich, wie oben geschildert, die Produktion von Baumwollwaren in allen Industrieländern vergrößerte und je mehr neue, aufstrebende Kulturländer die Entwicklung der Baumwollindustrie in ihren Grenzen förderten. Die Einfuhr von Rohbaumwolle nach Europa wuchs von Jahr zu Jahr. Als nun gar die Baumwollproduktionsländer selbst (Amerika, Indien, Japan) zur Eigenproduktion von Baumwollgarnen und Baumwollwaren übergingen, je mehr sie Spindeln laufen ließen, desto begrenzter wurde die Baumwolldeckung und der Vorrat an Rohbaumwolle, deren Produktion längst nicht gleichen Schritt mit den Fortschritten der Verarbeitungsindustrie hielt. So entwickelte sich eine „Baumwollfrage“. Und je länger je mehr zeigt sich die fürchtbare Gefahr, die für die europäische Industrie darin liegt, daß sie in der Zufuhr ihres wichtigsten Textilrohstoffes, eben der Baumwolle, fast völlig von den Vereinigten Staaten von Amerika abhängig ist. Rund 70—80% der Rohbaumwolle muß Deutschland von Amerika beziehen. In England ist's nicht viel anders, trotzdem es in Indien selbst Baumwollgebiete besitzt. Dabei verarbeitet Amerika heute schon 40% seiner Rohbaumwolle selbst.

Die Monopolstellung, die der amerikanischen Baumwolle aus der unter 1 geschilderten Entwicklung der Weltproduktion erwuchs, gaben den Anlaß zu riesigen Preissteigerungen der Baumwolle und zu ungeheueren Preispekulationen an den Baumwollbörsen.

Noch 1899 betrug der Durchschnittspreis für das Pfund (engl.) amerikanischer Baumwolle 29 Pfennig, stieg dann seither unter erheblichen Schwankungen, die jede vernünftige Spekulation geradezu ausschlossen, allmählich auf 59, 68 Pfg., um 1910 auf die Höhe von 76 1/2 Pfg. zu gelangen.

Jede Steigerung des Preises von 20 Pfg. das Pfund bedeutet für die deutsche Textilindustrie bei einem Jahresbedarf von 1,6 Millionen Ballen — a 500 Pfd. — eine jährliche Mehrausgabe von 160 Millionen Mark.

Daß solche Verhältnisse unser Nationalvermögen auf die Dauer aufs schwerste schädigen und auch auf die Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse unseres Berufes ungünstig einwirken müssen, liegt auf der Hand. Ganz abgesehen davon, daß die durch die Steigerung der Rohstoffpreise verursachte allgemeine Preissteigerung der Baumwollwaren den allgemeinen Konsum schwer belastet.

All diese für die europäische Baumwollindustrie ungünstigen Umstände — Zuspitzung des Kampfes auf den Absatzmärkten, Ausdehnung der Industrie in den Rohstoffländern, besonders aber die Abhängig-

feit von den spekulativ ausgebeuteten Monopolpreisen Amerikas — haben neuerdings die europäischen Staaten mit eigenem Kolonialbesitz veranlaßt, durch

wirtschaftliche Erschließung der Kolonien

sich unabhängige Bezugsquellen für den Rohstoff zu eröffnen.

Den ersten Anstoß hierzu gab das kolonialwirtschaftliche Komitee in Berlin, das mit seiner im Jahre 1900 nach Togo entsandten „Baumwollexpedition“ den Grundstein für alle weiteren einschlägigen Bestrebungen legte und dem Baumwollbau in Afrika die ersten Wege öffnete.

Das Ziel ist: Deutschland mit der Zeit unabhängig von dem Bezug fremdländischer Baumwolle zu machen und zunächst eine Produktionsmenge zu erzielen, welche die Preisbildung des Baumwollmarktes beeinflussen kann.

Ist das Ziel erreichbar?

Diese Frage kann man mit gutem Gewissen bejahen. Obwohl der Baumwollbau erst eben begonnen, betrug die Baumwollausfuhr aus Togo und Deutschostafrika

| | |
|-------|-------------|
| 1902: | 371 kg. |
| 1905: | 322 705 „ |
| 1910: | 1 029 924 „ |

Kommt heute auch dieser Betrag im Verhältnis zum Bedarf noch gar nicht für Deutschlands Versorgung in Frage, so darf doch darauf hingewiesen werden, daß im Jahre 1790 die Baumwollproduktion Amerikas auch nur 5000 Ballen betrug gegen 13 Millionen Ballen im Jahre 1909. Die klimatischen Verhältnisse der deutschen Kolonien sind aber durchaus geeignet, im Laufe der Zeit Deutschland versorgen zu können. Das bestätigt auch der offizielle Bericht des amerikanischen Generalkonsuls H. Watson an die amerikanische Regierung (1904), darin heißt es,

„daß das wohlüberlegte sachverständige und planmäßige Vorgehen des kolonialwirtschaftlichen Komitees hinsichtlich der Erschließung einer Baumwollkultur großen Stills in den deutschen Kolonien anerkannt werden muß.“

Der Bericht schließt mit folgenden Worten:

„Es mag eine Anzahl von Jahren vergehen, ehe der europäische Kreuzzug für koloniale Baumwollkultur alles erreicht, was er sich als Ziel vorgesetzt hat, aber — ob es uns (d. h. den Amerikanern, A. Red.) gefällt oder nicht — der Tag wird kommen, an dem die Baumwolle unserer Südstaaten außerhalb der Vereinigten Staaten nicht mehr alleinherrschend sein wird.“

Unser Verband hat darum sehr recht und gut daran getan, als er sich bereit fand, gemeinsam mit den übrigen Interessenten der Textilindustrie die Bestrebungen des „Kolonialwirtschaftlichen Komitees“ dauernd zu unterstützen. Mag er daran auch

von der Sozialdemokratie angepöbelt

werden. Die hat ja im Reichstag schon 1908 unter den unmöglichsten Vorwänden gegen die Unterstützung des „Komitees“ durch das Reich gestimmt und gearbeitet. Und jetzt sieht sie wiederum ihre Aufgabe in „Vertretung“ der Arbeiterinteressen darin, daß sie dem Vorgehen unserer Organisation keine andere Wirkung abzugewinnen weiß (vergl. „Leipz. Volkszeitg.“ 1911, Nr. 44), als daß sie darin eine Unterstützung künftiger Ausbeutungsmöglichkeiten durch Arbeitergroßchen erblickt. Denn die Förderung des Baumwollbaues — käme ja doch den Unternehmern zu gute. Die damit in diesem Fall gewiß auf das allerengste verbundenen Interessen der Textilarbeiter und der weitesten Kreise der Konsumbevölkerung kümmern die „Leipziger Volkszeitung“ nicht.

Die deutsche Handelspolitik im 19. Jahrhundert.

I.

Alle auswärtigen handelspolitischen Maßnahmen sind stets begleitet von einer Reihe von Interessenkämpfen. Während die eine Erwerbsgruppe, z. B. die Landwirtschaft, zu einer bestimmten Zeit ein großes Interesse daran hat, daß der Zolltarif möglichst schutzschonend gestaltet wird, fordert eine andere, z. B. die Maschinenindustrie und der Binnenhandel, den Freihandel. Das kommt aber daher, daß die eine Erwerbsgruppe für den Absatz im Auslande arbeitet, während eine andere im Gegenteil die Konkurrenz der ausländischen Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkte zu fürchten hat. Die exportierenden (warenausführenden) Gewerbe wünschen den Freihandel, weil sie hoffen, daß dann die anderen Länder auf ihre Waren ebenfalls keinen oder doch nur einen mäßigen Zoll erheben, sie selbst also einen höheren Nutzen haben. Umgekehrt aber fühlen sich die anderen Gewerbe, die mit der Konkurrenz der billigeren Auslandsware zu kämpfen haben, durch dieselbe bedroht und fordern Schutzzoll. So stehen sich in jedem Lande verschiedene Gruppen von Interessen einander gegenüber. Eine jede fordert, daß die Zollpolitik in eine gewisse Richtung geht, wie es von ihrem Standpunkte aus erwünscht ist. Man sieht bei solchen Kämpfen nur allzuwenig, daß innerhalb eines jeden Volkes eine große

Mannigfaltigkeit hinsichtlich des Erwerbs herrscht, daß kaum ein Volk nach einer bestimmten Richtung hin einseitig, d. h. rein landwirtschaftlich oder rein industriell entwickelt ist, und daß infolgedessen die einzelnen Gruppen bei ihren Forderungen aufeinander Rücksicht nehmen müssen, soll nicht die Gesamtheit darunter leiden.

Solche handelspolitischen Kämpfe wurden in Deutschland seit der Einigung im Zollverein (1834) wiederholt ausgefochten. Anfangs hatte man nach einer Reihe von Kämpfen einen mäßigen Schutzoll durchgeführt. Bald entstand ein lebhafter Streit um die Zollfrage. Der Grund hierfür lag darin, daß gerade damals die deutsche Industrie durch die englische Konkurrenz sehr stark ins Gedränge kam. Verschiedene Wirtschaftskreise in Amerika und auch in England hatten dieses Land veranlaßt, daß es den Strom seiner Fertigwaren in verstärkter Maße nach dem Festland, vor allem nach Deutschland leitete. Dadurch wurde die junge deutsche Industrie, die ja noch immer in den Anfängen stand, ganz erheblich in Gefahr gebracht. Die deutschen Rohproduzenten, insbesondere die Hüttenbesitzer, forderten energisch Zollschutz. Die gleichen Forderungen wurden mit allem Nachdruck von den Spinnereien erhoben. Der Spinnereibetrieb war damals in Deutschland noch nicht besonders entwickelt. Um so mehr aber hatten die bestehenden Spinnereien von der englischen Konkurrenz zu leiden. Deswegen forderten sie im Verein mit dem Bergbau zollpolitische Maßnahmen zum Schutze ihres Gewerbes. Diese Gruppen vertraten das Schutzollprinzip.

Gegen sie aber kämpfte eine andere Strömung mit aller Energie an: die weiterverarbeitenden, die Stoffveredelnden Gewerbe. Die Walzwerke und Maschinenfabriken hatten den lebhaften Wunsch, daß sie das Rohmaterial, das Eisen, möglichst billig erhielten. Sie waren deshalb gegen den Zoll. Ein gleiches galt von den Baumwollwebereien. Eine Menge von Webern konnte überhaupt bloß die feinnummrigen englischen Garne verwenden. Es war nur allzu begreiflich, daß diese Produzenten von einer erheblichen Zollbelastung der englischen Garne nichts wissen wollten, da ja auf diese Weise die Produktion verteuert worden wäre. Weil an dem Schutze der Baumwollspinnereien vor allem Württemberg, Baden und Bayern lebhaft interessiert war, so standen diese Gebiete auf Seiten der Schutzollner, der Norden war dagegen mehr freihändlerisch, wenngleich es auch hier nicht an Parteigängern des Schutzollsystems fehlte.

Die Frage wurde dann 1846 dahin entschieden, daß die Textil-, besonders die Garnzölle wesentlich erhöht wurden, auch der Rohseidenzoll wie einige andere Zölle emporgesetzt wurden. Damit hatte das Protektionssystem (Schutzollsystem) über die freihändlerischen Forderungen gestellt. Die deutsche Industrie begann unter diesem Schutze und später infolge der Wandlungen auf dem Weltmarkte sich kräftiger zu entfalten.

Bald trat jedoch ein Umschwung in der ganzen Handelspolitik ein. Oesterreich strebte nach Aufnahme in den Zollverein. Das ging gegen den Plan Preußens, das ein Deutschland mit Ausschluß von Oesterreich anstrebte. Die Absichten der Donaumonarchie konnten vereitelt werden, sobald Preußen vom Schutzoll zum Freihandel überging. Oesterreich konnte wegen seiner jungen Industrie den Freihandel noch nicht mitmachen, es mußte zum mindesten eine gemäßigtere Schutzollpolitik durchführen, konnte also den Anschluß an den Zollverein nicht vollziehen. Sobald derselbe eine freihändlerische Politik verfolgte, diese Berechnungen waren für Preußen ausschlaggebend bei der Wendung zum Freihandel hin.

Den Absichten und Bestrebungen der Regierung war zudem der Boden bereitet durch die öffentliche Meinung. In den fünfziger Jahren war die Strömung mehr und mehr zugunsten des Freihandels umgeschlagen. Die nationalökonomische Theorie war freihändlerisch, auch waren es die Liberalen, welche mit den Plänen einer Einigung Deutschlands unter Ausschluß von Oesterreich sympathisierten. Aber auch ein großer Teil des deutschen Volkes forderte eine mehr freihändlerische Politik. Das waren vor allem die deutschen Bauern, in erster Linie die Großgrundbesitzer des Ostens. Es ist eine höchst interessante Tatsache, daß gerade jene Erwerbsklasse, welche später so energisch für den Schutzoll eintrat, um die damalige Zeit kaum minder nachdrücklich für die Abschaffung der Schutzölle war. Diese Tatsache zeigt, daß die Zollpolitik bestimmt wird von Verhältnissen rein wirtschaftlicher Natur.

Wird er kommen?

Mit Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen bemüht sich die sozialdemokratische Presse eifrig, ihre Agitation zur Darlegung der sozialistischen Endziele sowie einer eventuellen Auseinandersetzung mit den Gegnern aus dem bürgerlichen Lager mit „Material“ auszurüsten. So brachte sie kürzlich eine Art „Ereignis: „Was wollen die Sozialdemokraten?“, in der es auf Grund der im letzten Programm vorausgesagten „Naturnotwendigkeit“ die Entw. der heutigen Verhältnisse vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinandersetzen versuchte. Der Artikel besaß sich dann mit einer Schilderung des Zukunftsstaates, wobei der Maler dessen Herrlichkeiten sich selbst Zügen kraste,

indem er am Ende bemerkte: „Es fällt uns nicht ein, zu behaupten, daß der Zukunftsstaat nun genau so aussehen wird, wie wir es hier angebeutet haben.“

Nun ist es eine feststehende Tatsache, daß an die „Naturnotwendigkeit“ dieser Entwicklung und damit an das Eintreffen des Zukunftsstaates weite Kreise der „Genossen“ und namentlich die führenden derselben nicht mehr glauben. Die Entwicklung hat eben den sozialdemokratischen Propheten nicht den Gefallen getan, den Weg zu gehen, den diese wünschten. Der Glaube an die naturnotwendige Ablösung des heutigen kapitalistischen Staates durch den sozialdemokratischen Zukunftsstaat ist damit selbst bei ihnen arg ins Wanken geraten. Schrieb doch im Jahre 1905 der sozialdemokratische „Zimmerer“ (Nr. 22):

„Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehren haben sich als unhaltbar bzw. zweifelhaft herausgestellt. . . In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehren vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse. Dadurch schon kommt die Partei in die Lage eines schwankenden Schiffes, und der Parteigenossen bemächtigt sich annähernd dasselbe Gefühl, wie man es bei den Passagieren eines schwankenden Schiffes wahrnehmen kann. Alles wird nervös!“

Und gestand doch vor einigen Tagen noch „Genosse“ Dr. Maurenbrecher in den „Soz. Monatsheften“ (1911, Nr. 1): „Wir können nicht mehr davon reden, daß die Weltentwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt.“

Bezeichnend als Symptom für den schwindenden Glauben an diese „Naturnotwendigkeit“ und die infolgedessen einsetzende verzweifelte Stimmung ist auch der Umstand, daß die Sozialdemokratie wiederholt in den letzten Jahren zur Propaganda scharferer Mittel und Methoden im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft überging. (Vergl. J. 008, Krisis in der Sozialdemokratie. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag.) So erklärte beispielsweise der Revisionist David . . . der Massenstreikdebatte auf dem Jenaer Parteitag . . . Dieser Rückschlag in den Revisionismus erklärt sich daraus, daß man den Glauben an die naturnotwendig-innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit andern Worten an die Katastrophentheorie aufgegeben hat“ und Südekum in derselben Debatte:

„Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im Laboratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussagt, sondern etwa wie die Entwicklung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Samenorn in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwicklungsgeetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. . . . Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was nach diesem großen Tage geschehen soll, ist uns schon mit lässlichem Eifer geschildert worden —, dann lähmen Sie sie für das Wichtigste, was es zunächst zu tun gilt usw.“ (Protokoll 329.)

Daran, daß die heutige oder die nächste Generation etwa die Zukunftsregierung sehen würde, daran glaubt kein wissender Sozialdemokrat mehr, der sich selbst gegenüber ehrlich ist. In diesem Sinne bemerkte seinerzeit der sozialdemokratische „Bauhilfsarbeiter“ (1907, Nr. 32): „Die Hoffnung, daß das kapitalistische System, diese Wurzel alles Übels, in absehbarer Zeit zusammenstürzen wird, dürfte vorläufig nicht in Erfüllung gehen. . . . Die Sozialisierung der heutigen Gesellschaft ist noch nicht möglich, das Ideal ist noch in weiter Ferne, die Knochen der heute lebenden Lohnslaven werden längst vermodert sein, wenn einmal der verheißene Tag anbrechen sollte. An dem armseligen Dasein unserer heutigen Lohnslaven ändert auch die Gewißheit von dem notwendigen Zusammenbruch des Lohnsystems nicht das Geringste. Sie werden den friedlichen Untergang desselben kaum mehr erleben.“

So kann man es denn auch verstehen, wenn „Genosse“ Franz Mehring, ein Freund und Günstling August Bebel's, die Prophezeiungen der Väter des Sozialismus über das Eintreten des Zukunftsstaates s. Z. eine „optische Täuschung der großen Sozialisten“ nannte, und wenn der „Vorwärts“ (1905, Nr. 207) in einer Auseinandersetzung mit dem „Genossen“ Kautsky schrieb: „Die Sozialdemokratie lehnt es ab, Fragern nach dem Inventar des Zukunftsstaates Auskunft zu geben, nicht weil wir verlegen (?) sind um eine Antwort, sondern weil wir zu viele Antworten geben könnten, und weil wir doch genau wissen, daß keine vollständig der Wirklichkeit entsprechen wird.“

Denjenigen aber, die, wie der Verfasser der oben genannten Artikelserie, den Zukunftsstaat in den schönsten Farben schildern, daß in ihm „Brot genug für alle Menschenglieder“, und diese bei „freier Wahl der Arbeit“ zu Engeln würden, verdient entgegengehalten zu werden, was „Genosse“ Franz Lauffötter 1908 in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 21) schrieb:

„Sie (die „Genossen“) zaubern in ihrem Kopfe eine Welt hervor und fragen nicht, ob es denn auch möglich ist, diese Zauberwelt zu verwirklichen; als wirklich vorhanden schildern sie ein Wunderland, das nirgends anders existiert, als in der Phantasie kindlicher Schwärmer. Auch nicht minder rein utopisch gedacht ist es, wollte man annehmen, der sozialistische Zukunftsstaat werde ideale, vollkommene Zustände schaffen. Auch im Zukunftsstaat wird mit Wasser gekocht werden, und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln bleiben. Ueberhaupt wird der Zukunftsstaat in Wirklichkeit ganz anders aussehen, als der Utopist ihn ausmalt. Die Menschen werden auch dort intensiver arbeiten müssen, um ihre gesteigerten Bedürfnisse zu decken, und es wird auch dort einen Zwang zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistung.“

Aus der Arbeiterbewegung.

Daten. Die Gewerkschaftsarbeit, ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit, ihre Unentbehrlichkeit und kulturelle Bedeutung lassen sich mit buchstäblich tausend Hinweisen belegen. Wäre das aber selbst nicht einmal der Fall, so ist und bleibt doch eine Seite, von der sich aus alle diese Eigenschaften der Gewerkschaftsarbeit mit unabweisbarer Eingänglichkeit dartun lassen: sie bringt den Arbeiter zu Daten, zu praktischen Daten für sich, seine Angehörigen, sein Gewerbe, sein Vaterland. Das Gewerkschaftssein ist schon eine Tat: eine Abkehr von dem Dahinbrüten und ein Eintreten in den lebendigen Strom der Entwicklung mit dem Willen, diesen Strom, wo es nützt, zu meistern und in eine solche Richtung zu lenken, daß er nutzbringend, segenspendend wirken kann. Eine Tat ist schon das Gewerkschaftssein, weil es einen planmäßig vorgehenden Willen zeigt. Eine Tat, weil es mit der Untugend bricht, alles der Hilfe anderer zu überlassen, um selbst ewig verachtet hinterherzuhinken.

Da sagt und redet man uns davon, daß es des Staates Pflicht und Aufgabe sei, überall einzugreifen, insbesondere zur Abschaffung der Interessentkämpfe und zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mittels gesetzlicher Zwänge. Wie liegt denn die Sache? Lassen wir es dahingestellt sein, ob das allgemein, technisch, wirtschaftlich, politisch und rechtlich durchführbar ist.

Heute ist dieser Zustand jedenfalls nicht gegeben und in absehbarer Zeit bei uns in Deutschland nicht zu erreichen. Und selbst wenn eine solche Ordnung kommen sollte, müßte sie nicht durch Reden und Schreiben, sondern durch Taten, d. h. in unserem Falle durch praktische Vorarbeit in Lohnbewegungen, durch Erziehung der Arbeiter und der Unternehmer für den Verhandlungsgedanken, durch Ausbildung der komplizierten Verhandlungsmethoden, des Tarif- und Einigungsweßens usw. vorbereitet werden. Dazu aber bedarf es der Gewerkschaftsarbeit, wie sie ist, den Streit nicht ausgeschlossen. Das lehrt die tägliche Erfahrung. Das zeigt die Geschichte aller Kulturländer mit industrieller Entwicklung. Die Gewerkschaft bedeutet für uns eine kulturelle Notwendigkeit ersten Ranges. Denn sie gebiert Taten in dem, der der Schwächste scheint!

Was muß bei Versammlungen für Arbeiterinnen berücksichtigt werden? Zu dieser Frage schreibt uns eine Kollegin aus M.-Gladbach: „Trifft man bei Gelegenheit mit Vorstandsmitgliedern zusammen, so wird in der Regel über schlechten Versammlungsbesuch Klage geführt; insbesondere wird diese Beschwerde über unsere Kolleginnen erhoben. Durch meine Erfahrungen in unserer Stadt (ich habe hier in den verschiedensten Ortsgruppen die Mitgliederversammlungen besucht) habe ich nun gefunden, daß in E. die Schuld an diesem Uebel wohl nicht so ganz allein die Kollegen und Kolleginnen trifft, sondern

auch zum großen Teil die Vorstandsmitglieder selber. Wird z. B. eine Versammlung auf Samstagabend 1/9 Uhr angesetzt, wird es in der Regel 9 Uhr, ehe sie beginnt; bei einer einigermaßen reichhaltigen Tagesordnung kann es dann — und das kommt nicht selten vor — 12 Uhr oder noch später werden. Deshalb werden auch wohl manche Eltern davor zurückschrecken, ihre Töchter zur Versammlung hingehen zu lassen. Dazu kommt dann auch noch, daß manche Kolleginnen des Samstagabends mit häuslichen Pflichten überlastet sind.

Das selbe trifft zu, wenn die Versammlung auf den Sonntagmorgen gelegt wird. Auch am Sonntagmorgen 10 oder 11 Uhr können die allerwenigsten Kolleginnen zu einer Versammlung gehen. Manche Mutter ist froh, wenn sie des Sonntags vormittags die Hilfe ihrer Tochter in Anspruch nehmen kann. Einerseits liegt das im Interesse der Mutter, und andererseits in dem der Tochter. Letztere kann sich hierdurch auf ihren späteren Beruf als Gattin und Mutter vorbereiten. Also mit diesen Verhältnissen muß man rechnen.

Nun wird man von mir verlangen — und mit Recht — die Frage zu beantworten: Wann soll man denn die Versammlungen ansetzen? Nach meinem Dafürhalten ist es das Beste, die Versammlungen auf Sonntagnachmittag zu legen. Die Stunde muß den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein. Die Versammlung darf unter keinen Umständen mit religiösen Andachten zusammenfallen. Damit kann man denn auch die Kolleginnen am besten zum Versammlungsbesuch animieren; man erhält dann wenigstens nicht zur Antwort: „Ich kann nicht, ich muß meiner religiösen Pflicht genügen.“ — Nun werden die Kollegen mir vielleicht erwidern: „Es ist besser, wenn für die Kolleginnen die Versammlungen separat abgehalten werden.“ Dafür bin ich auch. Aber das kann doch nicht immer gemacht werden. Denn auch wir Arbeiterinnen haben ein Recht, mit im Vorstände tätig zu sein, und dann ist doch auch ein gemeinsames Arbeiten hochnotwendig. Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, möglichst auf die Kolleginnen Rücksicht zu nehmen. Wie gesagt: wenn beide Teile hier Entgegenkommen zeigen, Vorstandsmitglieder und Kolleginnen, jene durch günstige Zeitansetzung, diese durch pünktlichen Versammlungsbesuch, dann ist nicht bloß beiden Seiten geholfen, sondern auch der ganzen Gewerkschaft ein großer Dienst erwiesen; denn von einem guten Versammlungsbesuch hängt zum großen Teil das Leben des Verbandes ab. — G. Sch.

Ein konservatives Urteil über die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Treffend beurteilte anlässlich der diesjährigen Eisenbahnerkongresse der konservative Abgeordnete Justizrat Meyer-Tilsit die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Nachdem er an Hand einer Petition des christlich-nationalen Elberfelder Eisenbahnerverbandes einige Eisenbahnerwünsche vorgetragen und auch die staatsbürgerliche Erziehungsarbeit des Elberfelder Verbandes gewertet hatte, führte der ge-

nannte konservative Parlamentarier in bezug auf die christlich-nationale Gesamtarbeiterbewegung folgendes aus: „Natürlich wird hier und da mal ein Wort in den Versammlungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gesprochen, das man nicht billigen kann; aber bei welcher Bewegung kommt das nicht vor? Im großen und ganzen müssen wir uns doch freuen, daß diese Bewegung sich ohne Gunst von oben entwickelt hat. Dadurch ist sie gerade so stark und kräftig geworden. Man weiß, daß einzelne dieser Herren sehr viel zu leiden gehabt haben dafür, daß sie die Arbeit für diese Sache unternommen haben, gerade von sozialdemokratisch-terroristischer Seite. Zwar auch heute noch wird diese Bewegung von der Sozialdemokratie immer als ganz unerheblich geschildert. Aber, meine Herren, meine Hoffnung, daß die Sozialdemokratie innerlich überwunden werden wird, beruht hauptsächlich auch darauf, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung so wächst und so schöne Erfolge aufzuweisen hat. Ich möchte wünschen, daß alle staats-erhaltenden Parteien ihr mit Gerechtigkeit und Wohlwollen gegenüberstehen.“

Den zuletzt ausgesprochenen Wunsch des alten konservativen Parlamentariers können wir nur nachdrücklich unterstreichen.

Der alte Text in anderer Melodie. Heute sehen die „Genossen“ die christlichen Gewerkschaften mit fliegenden Fahnen ins gelbe Lager hineinmarschieren. Dabei haben sie bereits vor mehreren Jahren „festgestellt“, daß dieselben christlichen Verbände nur gegründet wurden, um der „frei“ organisierten Arbeiterkraft bei Lohnkämpfen im Interesse des Unternehmertums in den Rücken zu fallen. Schon vor Jahren schrieben und schrien sie von „Zentrumskechten“, „Unternehmersöldlingen“, „Arbeiterverrättern“, „gelber Bande“, „Streikbrecher-Gesellschaft“ usw. Wenn die christlichen Gewerkschaften aber damals schon „Streikbrecher- und Arbeiterverräterorganisationen“ waren, dann brauchen sie doch nicht erst kürzlich die Schwenkung zu den „Gelben“ hin zu machen.

Die „Genossen“ machen sich mit ihrem blöden Geschimpfe bei denkenden Leuten nur lächerlich. Einmal sind die christlichen Gewerkschaften „gelbe Gebilde“, ein andermal Organisationen, die gerade wie die „freien“ Gewerkschaften für den „Klassenkampf der Arbeiter kämpfen“. Vor einigen Jahren noch „wie“ die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen „haarscharf nach“, daß die christlichen Gewerkschaften ganz und gar „auf dem Boden des Klassenkampfes“ ständen. Sie führten Bewegungen und Kämpfe, die „nichts anderes als Klassenkämpfe seien“. Es sei gut, daß die christlichen Gewerkschaften da seien, denn sie „bereiteten der Sozialdemokratie in christlichen Gegenden die Wege vor“. Die „freien“ Gewerkschaften müßten sich allen Ernstes darauf einrichten, „die „christlichen“ Klassenkampforganisationen“ in sich aufzunehmen.

Die deutsche Leinenindustrie unter Napoleon I.

(Nachdruck nicht gestattet.)

Als eine wertvolle Ergänzung zu dem Feuilleton-Artikel in der vorigen Nummer erhalten wir folgende Zuschrift: „Aus allen Gegenden der von Napoleon abhängigen Vasallenstaaten lesen wir in den deutschen Wäldern von 1810 Berichte von Konfiszierungen und öffentlichen Verrechnungen englischer Waren, von unerwartungsvollen Abgaben, aber auch von allen möglichen, durch Staatsprämien gesicherten Vergütungen, die inländische Produktion zu heben, den technischen Umschwung durch Preise für Erfindungen von Staatswegen zu fördern und die Unabhängigkeit von England und seinen Kolonien sicher zu stellen. So günstige Ergebnisse die Durchführung dieser Seesperrung für die deutsche Industrie gehabt hätte (man vergl. die daher datierende Zuckerfabrikation), so wurde sie damals natürlich drückend empfunden, lähmte die Handelsaktionen und hatte den Zusammenbruch mancher Handelshäuser zur Folge. Einen anschaulichen Ueberblick über die damalige Lage gibt uns besonders der Bericht über die Leipziger Messe, dieser in damaliger Zeit fast ausschließlich dominierenden Zentrale für Handel und Industrie. Ein kurzes Resümee über diese Messe des Jahres 1810, die natürlich ebenfalls im Zeichen der Seesperrung stand, sowie unter dem Eindruck des großen finanziellen Umschwungs, der damals in einem Jahr größere Veränderungen der Landkarte hervorbrachte, als sonst Jahrzehnte, dürfte interessante Einblicke auf den Stand der Leinenindustrie jener Zeit lassen.“

Die Berichte über Baumwolle, Kolonwaren und Tuchfabrikation übergehen wir; es erhebt uns ihnen, daß angelegte Bemühungen gemacht wurden, durch Verbesserung mechanischer Erfindungen, durch technologische Verbesserungen usw. die inländische Industrie zu heben. Die Spitzenfabrikation z. B. wird durch die Errichtung von Klappenschulen, veredelte Wollezugung durch rationale Schafzucht gefördert, es wird eine Prämie ausgesetzt für eine mechanische Erfindung, wonach ein Baumwollweber vier Maßstäbe zugleich regieren und zum Arbeiten brauchen solle usw. Eine lebhafte Tätigkeit wird allenorts empfunden. Doch lassen wir die damaligen Berichte selber sprechen. Ein Resümee-Bericht der „Allgemeinen Zeitung“ des Jahres 1810 äußert sich folgendermaßen:

„Ein allgemeiner Wettstreit durchdringt jetzt die deutsche, sowie die übrigen Bewohner des Kontinents, um das hinausgeschleppte England auch hinsichtlich der Maschinenindustrie zu erreichen. So waren besonders die Maschinen zur Schafwollspinnerei, dergleichen in Berlin, Götting und Breslau mehrere im Gange sind, von Bedeutung. Man darf aber nicht vergessen, daß die erste Ursache aller englischen Maschinen nicht das Wasser, sondern der durch Erfindungen aufgedruckte Dampf ist. Schlotheim und Sachsen haben in einigen Gegenden sehr bedeutende Schafzucht. Auf deren richtigen Gebrauch läßt sich erst

englisches Maschinenwesen mit wahren Erfolg begründen. Der Leinwandhandel hatte sowohl in Schlotheim als in der Lausitz zu Ende des Winters einen neuen Aufschwung bekommen. Amerikanische Zwischenhändler waren nicht ganz untätig gewesen. Auch die Levante und Türkei hatten einige Bestellungen gemacht, obgleich Lrieft hermetisch verschlossen blieb. In Spanien war da, wo man überhaupt noch an Bestellungen wegen des Krieges denken konnte, der Begeh nach Leinwand sehr dringend gewesen, und man hatte daher aufs neue den Landweg über Frankreich einzuschlagen gesucht, so unbeschreiblich mühsam und kostspielig derselbe auch sein mochte. Wenn aber der allerdings hohe Preis der besseren Leinwand auf der Messe als eine Folge dieser Spekulation angesehen werden wollte, so waltete dabei ein großes Mißverständnis ob. Richtige Geschäftsleute in diesem Fach leiteten diese Lenkung vielmehr von der schon lange eingetretenen Schwärmung und Auflösung der ganzen Manufaktur ab, wo weder die Garne mehr für die inländische Fabrikation zu erlangen, noch die Weber anzustellen sind, die teils als Bettler umherirren, teils ausgemindert sind, teils zu anderen Fabrikationszweigen von Kascheweis und Stoffen, wo Baumwolle, Seide und Leinwand gemischt erscheinen, überzugehen sich genötigt sahen. Selbst die einst so blühenden Schönerer Damastfabriken bei Bitau, die sich noch immer hielten, als die übrigen Leinwandweber und Verleger schon in Verweiflung waren, müssen nun entweder die Hände in den Schoß legen oder aus Not zu anderen, ihrer Raffinerie ganz unwürdigen Fabrikationen greifen. Alles, was in bezug auf Leinwandhandel in dieser Messe getan wurde, war also Notlauf und Notverkauf. Das verarmte und vielfach ausgelegene Deutschland vermag jetzt ebensowenig Tischwäsche als Leibwäsche anzuschaffen. Unter der Hand verlaufen westfälische und frankfurter Juden ganze Tischgedecke in ihren Lamschwämmen auf der Messe. Sie hatten, das sah man deutlich, mit ihren vernichteten Besitzern einst glücklichere Zeiten geteilt. Sehr trüb und niederschlagend waren auch die Ansichten für alle Leinwandhändler, die vielleicht unter allen am meisten durch die unerbittliche Seesperrung leiden, weil ihnen Amerika und Spanien genommen sind. In letzterem Lande haben die Briten da, wo sie noch Herren sind, einen neuen Impost von 18% auf alle nicht inländischen Waren gelegt. Ferner war durch das strenge Verbot Dänemarks, wonach gar kein Amerikaner mehr in den dänischen Häfen zugelassen wurde, das letzte Mittel, etwas nach Amerika zu bringen und von dort her Nachfrucht zu erhalten, gänzlich abgebrochen. Daneben gab auch die vom großen Kaiser der Franzosen neuerlich angelegte, von dem Mechaniker in Lucca swardisch verdiente Prämie von einer Million Franken, die dem Erfinder einer großen Seinenpinnmaschine zugesetzt werden soll, zu allerlei Betrachtungen reichen Anlaß. Die altorthodoxen Leinwandweber behaupten noch immer, nur der auf die einfachste Weise gesponnene, mit Menschenpeichel geschnittene Faden werde der vollkommene durch Weiche und in der Dauer. Aber welche Schwierigkeiten fanden nicht auch die Baumwollspinnmaschinen bei ihrer ersten Einführung!

Diesem Meßberichte entsprechen auch die sonstigen Nachrichten, die sich in damaligen Blättern finden. Jede Nummer berichtet von Warenverbrünnungen, Warnungen vor englischen Waren, Fallissements. Besonders die Baumwollindustrie stand vor ihrem Ruin. So lesen wir in dem Bericht, den vier Deputierte der sächsischen Baumwollmanufakturisten aus Chemnitz, Dresden und Mittweida dem sächsischen Könige in einer Audienz gaben: „Bei gewissenhafter Leistung des Imposts, der gegenwärtig auf Manufakturwaren aller Art gelegt ist, würden alle Spinnereien und Webereien in Sachsen, die neuerdings so große Fortschritte zum Verdrusse der Engländer gemacht hätten, aufhören, es würden mehr als 400 000 Menschen brotlos gemacht, die einmal ruinierter Fabriken würden niemals mehr ausblühen...“ Doch gelangten solche Klagen bei der herrschenden Zensur seltener in die Presse. Häufiger sind Lobpreisungen auf die Weisheit der Regierungen, die nur Deutschlands Wohl für die Zukunft im Auge hätten, sowie Belehrungen über die späteren günstigen Folgen der harten Maßregeln. Eine besonders rege Tätigkeit entfaltete die Regierung in Westfalen, das damals von dem Franzosen Jerome beherrscht wurde. Finanzminister Bülow erließ eine Reihe von Anordnungen zur Hebung der westfälischen Industrie. „Auf vaterländischem Boden und mittels vaterländischer Industrie muß in Zukunft Westfalen sich größtenteils zu verschaffen suchen, was wegen der Seesperrung aus der Fremde nicht mehr zu beziehen ist. So muß eine veredelte Schafzucht und vervollkommnete Rollenfabrikation die fremden Zeuge, Leinwand die fehlende Baumwolle, Maid, Krepp und ähnliche Produkte die Farbmateriale Indiens ersetzen usw.“, heißt es in einem Erlaß des westfälischen Finanzministers Bülow vom 14. November 1810. Und mit Stolz berichtet er an seinen König am 14. Dezember 1810 (nach dem Bericht des Westfälischen Moniteurs): „Sire! Ich eile, Ew. Majestät die Erringung der Nationalindustrie zu überreichen, welche das Kontinentalsystem dem westfälischen Boden entziehen ließ“ (nämlich Zucker aus Zweifchen fabriziert); er erbittet für den Erfinder eine Gratifikation von 4000 Franken, die auch gewährt wurde. Schon am 7. September 1810 hatte er die Erlöse auf anderem Gebiete melden können: „Sire! Die Fabrikation des Gußstahls ist bisher ein Geheimnis und ausschließlich Eigentum von England gewesen. Vergebens hat die Industrie anderer Nationen nach dem Besitze dieser Kunst gestrebt, obgleich von mehreren Gouvernements Preise auf ihre Entdeckung gesetzt worden sind. Dies schien Westfalen vorbehalten zu sein. (Es folgen die Mitteilungen über die Erfindung und Ausführung.) Ich habe die Ehre, Ew. Majestät die erste Probe dieses neuen Zweiges der Nationalindustrie zu überreichen. Ich glaube die Hoffnung hegen zu dürfen, daß dieser Gußstahl, der alle so sehr gepriesenen Eigenschaften der englischen vereinigt, dieser in einem großen Teile Deutschlands wird vertreten können.“

So werden uns die Licht- und Schattenseiten jener Wirtschaftspolitik plastisch vor Augen gestellt. Es ist zweifellos, daß die westfälische und deutsche Industrie, einen so harten Stoß sie auch erlitt, doch auch mächtige Impulse und Anregungen empfing.

Man braucht bloß das Buch von dem bekannten Viktor Windolph nachzulesen, um eine ganze Menge von Zitaten zu finden, die die sozialdemokratische Presse sorgfältig sammelte, um den Klassenkampfcharakter und die Klassenkampfpraxis der christlichen Gewerkschaften zu „beweisen“.

Genau so verhält es sich mit den anderen Seiten der „neuesten Entwicklung“, die die „grundgescheiten Genossen“ in der christlichen Gewerkschaftsbewegung entdeckt haben wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben sich dem „katholisch-kirchlichen Zwange gebeugt“, sagen sie, sind „kirchlich verflobt“, „verloppt“, ein „jämmerliches Werkzeug in der Hand des Papstes“.

Die christlichen Gewerkschaften wurden eifrig nach Zitaten durchstöbert und dann angefrachten an die deutschen Bischöfe geschickt. Von dem „Korrespondenzblatt“-Artikel, der den „kirchenseindlichen Charakter“ der christlichen Gewerkschaften „nachwies“, befallten sich unsere „Freunde“ in Berlin eine größere Anzahl. Windolph hat auch die damaligen Artikel der roten Presse in seiner Zitatenansammlung entsprechend verwertet.

So ging's immer hott und hü. Bald waren die christlichen Gewerkschaften „Unternehmerjuchtruppen“, bald „Klassenkampforganisationen“, bald waren ihre Gedankengänge ganz und gar „kirchenseindlich“, bald „orthodox katholisch“.

Der Weg der christlichen Gewerkschaften geht immer vorwärts, geradeaus. Der Hundebell beweist nur, daß sie reiten.

Ein entlarvter Schwindler. Herr Feinhals, der Gauleiter des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Bayern, scheint allmählich zu der Einsicht zu kommen, daß er mit seiner Bewegung für den freien Samstag-Nachmittag durch seine eigene Ungeschicklichkeit kläglich Fiasko macht. Da verfällt er denn wieder auf seinen „Kniff“, der ihm in München die Verachtung aller rechtlich denkenden Arbeiter eingetragen, der ihn in Barmen-Elberfeld bei der christlichen Arbeiterschaft schließlich der Bächerlichkeit überantwortete: er beginnt auf den christlichen Verband und seine Führer und Mitglieder loszuschlagen und dabei zu verdrehen und zu lügen, wie es nur Feinhals'schem Wesen entspringen kann.

Einige Proben Feinhals'scher Schwindeldunst liefert die vorletzte Nummer des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Feinhals behauptet da, unser Bezirksleiter Geier habe in Weihenbühl in einer Versammlung erklärt, die in unserem Organ veröffentlichten Mitgliederzunahmen für 1910 stimmten nicht; es seien die Austritte nicht mitgerechnet. Diese Behauptung ist Schwindel. Wohl hat Feinhals diese Behauptung getan, sodas ihm Kollege Geier zurief, unsere Zahlen stimmten, unser Verband mache es nicht wie andere Organisationen. Feinhals legt also seine Worte einfach dem Kollegen Geier in den Mund.

Bezüglich unserer Behauptung, der von Feinhals geführte Streik in Krumbach habe die Verhältnisse in dem Betrieb nur verschlechtert, sagt der Laufendkäufer, daß die Akkordlöse, mit Ausnahme in der Spulerlei, wesentlich verbessert seien. Nun spricht aber die Krumbacher Arbeiterschaft von dieser Lohnerhöhung total gar nichts. Worin die Erhöhung der Akkordlöse besteht, ist wohl das eigene Geheimnis des Streikstrategen Feinhals. An diesem Resultat der Bewegung ist aber Feinhals selbst schuld, weil er die wichtigsten Punkte, nämlich Vergütung für Warten auf Material und schlechtes Material, vollständig außer acht gelassen hat. Auf diesen Fehler machte auch Kollege Geier in einer Versammlung aufmerksam. Da sprang Herr Feinhals auf und erklärte, diese Dinge seien gar nicht angebracht, denn in Krumbach läme das überhaupt nicht vor. Der „Erzgeschwätz“ mußte sich aber sofort durch Zurufe seiner eigenen Mitglieder belehren lassen, daß es doch, und zwar sehr oft vorkomme.

Zum Beweis dafür, was er doch für ein guter Kerl ist, führt Feinhals unseren Kollegen Scheel von Krumbach als Kronzeugen an gegen den Kollegen Geier. Kollege Scheel erklärte uns nun schriftlich: „daß er sich niemals bei den Segnern über seine Bezirksleitung beschwert habe, daß er niemals dem Herrn Feinhals eine offizielle Erklärung abgegeben habe, als dürfe in der Fachzeitung nichts mehr geschrieben werden und daß niemals ein unrichtiger Zeitungsartikel in der christlichen „Textilarbeiterzeitung“ erschienen sei.“

So einer durchaus entstellten, aufgebauhten und zum Teil direkt verlogenen Weise bringt Feinhals einen Bericht über eine Verhandlung mit der Betriebsleitung eines damals bestreikten Betriebes in Roth am Sand, um den

Kollegen Geier lächerlich zu machen. Wenn wir die ganze Geschichte dieser Bewegung wieder aufrollen wollten, könnte das für den „deutschen“ Verband und speziell für seinen Gauleiter Brüggemann sehr unangenehm sein. Daß diese Betriebsleitung mit dem Vorgehen der „deutschen“ Verbandsführung zufrieden und voll des Lobes über sie war, glauben wir, dagegen waren aber die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes in einer Stimmung, als ob sie ihren Gauleiter steinigen und verprügeln möchten. Von einem Meister des Betriebes wurde dem Betriebsleiter in einer ganz entstellten Weise über das Verhalten unseres Verbandes berichtet. Dieses und das sonderbare Verhalten des Brüggemann lassen es erklärlich erscheinen, daß die Betriebsleitung auf die „deutschen“ Führer so außerordentlich gut und auf die christlichen sehr schlecht zu sprechen war. Wir wünschen tatsächlich nicht, daß es anders wäre. Daß aber in dem Artikel, wie gesagt, die ganze Geschichte übertrieben, entstellt und manches noch hinzugefügt ist, ist bei der Veranlagung eines Feinhals durchaus nicht verwunderlich. Die Hauptfrage ist die: wir sind ehrlich aus dieser Bewegung hervorgegangen, während man das von den „roten“ Führern nicht so uneingeschränkt sagen kann.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1910. An dem allgemeinen Aufschwung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910 nimmt auch der Zentralverband christlicher Holzarbeiter besonderen Anteil. Er konnte im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl um 2095 steigern, sodas er heute über einen Mitgliederbestand von 13407 verfügt. Das Organ des Verbandes hebt in seiner Uebersicht über „das Verbandsjahr 1910“ besonders hervor, daß in bezug auf den reinen Mitgliedererwerb das Jahr 1910 das beste seit dem Bestehen des Verbandes sei. Nur in den Jahren 1904 und 1905 wäre die Zunahme eine noch etwas größere. Erfreulich sei besonders, daß die Fluktuation im Jahre 1910 nicht den Grad erreichte, wie in den Jahren 1908 und 1909. Mühte 1908 trotz der Aufnahme von über 4000 Kollegen in den Verband ein Mitgliedererwerb geblieben zu werden, so ergab das Jahr 1909 bei 4400 Neuaufnahmen einen Mitgliedererwerb von 10,5% der Neuaufgenommenen. Im Jahre 1910 betrug bei 6126 Neuaufnahmen der Prozentfuß 34,3. Es sei das ein Zeichen, daß der fortwährende Hinweis auf die ungenügende Fluktuation dazu beigetragen habe, daß in den Jahreshellen den neugewonnenen Mitgliedern eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Zahl der Verwaltungskosten hat sich im Berichtsjahre um neun vermehrt; sie betrug Ende 1910 264.

Daselbe günstige Bild weisen auch die Kassenverhältnisse auf. Die Einnahme an regelmäßigen Wochenbeiträgen betrug 355077,59 M., das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 59429,04 M. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen im Jahre 1910 408563,11 M.; gegen das Jahr 1909 ist das eine Steigerung von 87945,22 M. Den Einnahmen des Verbandes stehen ganz respektable Ausgaben gegenüber. Insgesamt verschlangen die Ausgaben die Summe von 308461,36 M. Mehr als die Hälfte dieser Summe wurde in der Form von Unterstützungen wieder an die Mitglieder zurückgezahlt. Erreichten doch die Unterstützungsausgaben die Höhe von 158356,76 M.

Die Gesamtentwicklung des Verbandes in den letzten 10 Jahren veranschaulicht folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Jahr, Mitglieder, Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben, Vermögen am Jahresende. Rows from 1899 to 1910.

Das Verbandsorgan schließt seinen Bericht mit folgendem Kommentar: „Manches ist erreicht worden, viel mehr aber noch muß erreicht werden. So gut der Verband finanziell dasteht, so verfehlt wäre es, in Zukunft weniger hausälterisch zu wirtschaften. Denken wir nun daran, welche Anforderungen ein einziger großer Kampf an den Verband stellen würde. Ein Kampf, wie der im Baugewerbe kann sehr schnell mit dem Kassenbestande aufkäumen. Unsere Kämpfer können deshalb auch noch nicht beendet sein. Ohne Kämpfe ist man einmal an einen Ausgleich der Interessen zwischen Arbeit und Kapital nicht zu denken. Wenn die Kollegenchaft ihre Rechte und Interessen wahrnehmen will, muß sie Kämpfe führen. Zum Kampf führen aber gehört nach einer alten Kriegsregel Geld, Geld und nochmals Geld. Dazu natürlich auch erprobte und zahlreiche Streiter. Die fortgesetzte Erhöhung unserer Bezahlbarkeit darf zu keiner Zeit verjäumt werden. Das Jahr 1910 hat uns nach dieser Seite hin ein gut Stück weitergebracht. Vom Jahre 1911 hoffen wir das gleiche. Am Schlusse des laufenden Jahres muß das nächste Ziel erreicht sein: 15000 Mitglieder und eine halbe Million Vermögen. Gilt's, Kollegen?“

Wir wünschen unserem Bruderverbande vollen Erfolg.

O, diese Philosophen! Der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, bringt in seiner Nr. 9 unter der Rubrik „Literatur“ eine Besprechung einer Schrift von Henriette Roland-Holst über Joseph Diezgen's Philosophie. In dem Schlußsatz der Besprechung heißt es:

„Wir haben das Buch mit großem Interesse gelesen und können der Verfasserin nur zustimmen; für Leser ohne jede philosophische Vorbildung ist es indes nicht. Das liegt aber nicht etwa in Mängeln der Darstellung, sondern in der Natur der Sache, wie wir bemerken wollen.“

Wir haben uns schon wiederholt den Kopf darüber zerbrochen, woher doch eigentlich der „Textilarbeiter“ die Artikel habe, die von „philosophischen Gedanken und Wahrheiten“ geradezu triefen. Jetzt endlich wissen wir es. Die „Textilarbeiter“-Redakteure haben „philosophische Vorbildung“. Da gibt's kein Wunder, daß... Unser Respekt vor dem „Textilarbeiter“ steigt.

Die Mitglieder gegen die Führer. Die „freien“ Gewerkschaftsführer, die es wagten, gegen den Artikel Pannetocks über „Massen und Führer“ zu reden oder zu schreiben, werden von ihren eigenen Mitgliedern zurechtgewiesen oder niedergeschrien. Pannetock hatte recht, die Massen sind die Herrschenden, die Führer die Gehorchenden! Das ist die Stimmung, die heute in weiten Mitgliederkreisen der sozialdemokratischen Verbände herrscht und in Versammlungen und Verbandszeitungen zum Ausdruck kommt.

Der „Grundstein“, der in einigen Artikeln gegen die Pannetock'schen Behauptungen vorging, muß in seiner Nr. 9 einem Artikel der Mitglieder des Bezirks Westend der Bezirksstelle Bremen Raum geben, worin die „Grundstein“-Redaktion wegen ihrer Schreibweise gegen Pannetock in aller Form gerüffelt wird. Die Ausführungen des „Korrespondenzblattes“ seien „äußerst beschämend für den Charakter dieses Blattes“ gewesen, und die Schreibweise des „Grundstein“ erinnere an „echte und rechte Manier des Reichslügenverbandes“. Dadurch sei der Arbeiterschaft ein sehr schlechter Dienst erwiesen worden; das könnte man der Redaktion des „Grundstein“ nicht verzeihen. Diese Beweisführungen und Schlußfolgerungen des „Grundstein“ verrieten ganz den „bürgerlichen Ideologen“, da könne man den ganzen Kerger dieser Leute zwischen den Zeilen zu lesen bekommen.

Scharf hergenommen wurde die „Grundstein“-Redaktion in einer Versammlung in Hamburg, in der sie sich eigens wegen ihrer Demokratie-Artikel verteidigen mußte. Dort wurde gesagt, die Artikel im „Korrespondenzblatt“ seien gemein und niederträchtig gewesen. Ein Genosse Haase sagte u. a.: „Früher waren die Maurer stolz auf die schönen politischen Artikel des „Grundstein“, heute ist dies anders geworden. Die Mitgliedschaft Hamburgs muß sich sagen: dies kann nicht so weiter gehen. Die Hamburger Maurer sind immer gute Parteigenossen gewesen und wir müssen wünschen, daß dies auch so bleibe. Man soll keine Vorkriegspolitik treiben. Wenn der nächste Reichstag uns den Hungerzoll nehmen kann, ist dies bedeutend mehr wert, als die ganze zwanzigjährige Gewerkschaftsbewegung.“

Genosse Hübnert verlangte die „urwüchsige Demokratie“, wo die Meinung eines jeden einzelnen Mitgliedes in die Waagschale falle. Bei den Fragen der Lohnbewegung muß die große Allgemeinheit das Entscheidungsrecht haben. Der rote Mittwoch in Hamburg habe es bewiesen, daß die Massen selbst wider den Willen der Führer entschieden. So mancher Gewerkschaftsführer hat die Nacht vor Angst nicht schlafen können. Bei dieser Massenbewegung, wo alle Räder stille standen, hat sich so recht die urwüchsige Demokratie gezeigt.“

Winning und Ellinger von der Redaktion verteidigten sich in langen und zahnem Reden, ohne indes die Versammlung zu beschwichtigen.

Viel heißer ging es in einer Versammlung der Metallarbeiter in Hamburg her. Nach dem ausführlichen Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ (4. Beilage zu Nr. 53) verlief die Versammlung äußerst unruhig. Dr. Pannetock, der radikale sozialdemokratische Parteiliterat und Beschimpfer der Gewerkschaftsführer, erntete stürmischen Beifall der Massen, Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften, fiel schmählich ab. Die Rede Pannetocks war auch danach. Hier einige Rosinen aus dem Kuchen: „Die Geschichte ist eine Geschichte der Massen“, „die Anführer sind nur Ausführer des Massenwillens“, die Massen haben immer recht, d. h. nach ihrem Willen richtet sich die endgültige Entscheidung“, „es ist keine größere und schönere Rolle, als Handlanger der Arbeiterklasse zu sein“, „will man Geschichte machen, muß man ausprechen, was die Massen wollen“, die Masse entscheidet immer, wenn nicht direkt, so doch indirekt“, die Masse muß die Entscheidung haben, wenn auch die Empfehlung der Führer ein gewichtiges Wort mitspricht“. Die Rede gipfelte in der Empfehlung des politischen Massenstreiks.

Man kann sich denken, daß der Gewerkschaftsführer Legien solcher Demagogie nicht gewachsen sein konnte. Als er sich anschickte, die Konsequenzen der historisch-materialistischen Methode in ihrer Anwendung auf die Lebensweise der Parteitheoretiker vom Schlage Pannetocks aufzuzeigen, erhielt er fortwährend Zwischenrufe. Jeder Entschiedenheit noch Bitten fanden bei den aufgeregten Massen Gehör. Beim Schlußworte Legiens erschollen allgemeine Pfuirufe. „Hinter von der Bühne“ schrie man. Unter fortwährenden Pfuirufen, wie: „mit diesem Schmutz, Reichsverbandstil“ ufo. kam Legien zum Schluß. „Minutenlange Aufregung“ und „ganz vereinzelt Beifall“ verzeichnet der Bericht.

Die Taktik des Hungerns. Ein Streit zwecks Brotlosmachung christlicher Arbeiter ist von den Sozialdemokraten im Danziger Polsterer- und Tapezierergewerbe am 1. März in Szene gesetzt worden. Ende Februar lief der bisher gültige Tarifvertrag ab. Das Anerbieten der im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter organisierten Polsterer und Tapezierer zu einem gemeinsamen Vorgehen wurde von den Sozialdemokraten gar nicht beantwortet, worauf die ersteren für sich einen Vertragsentwurf einreichten. Bei den Verhandlungen setzten die unerbittlichen Genossen es durch, daß getrennt verhandelt wurde. Als zwischen den Arbeitgebern und Sozialdemokraten bereits eine Verständigung erzielt war und erstere darauf bestanden, daß auch der christliche Verband als Vertragskontrahent zuzuziehen sei, warfen die Genossen das ganze Resultat der Verhandlungen über den Haufen und traten am 1. März in den Ausstand; einzeln und allein, um die Ausschaltung der christlichen Arbeiter gewaltsam durchzudrücken. Gelänge ihnen dieser brutale Gewaltakt, so würde das die Brotlosmachung sämtlicher Gehilfen im Danziger Polsterer- und Tapezierergewerbe bedeuten, die die Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verbände nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinbaren können. Die „Genossen“ hündeln hier wieder nach dem Motto:

„Und willst du nicht werden rot,
Hungern wir dich einfach tot!“

Die christlichen Arbeiter halten nun aber bei dieser „Hungerskur“ nicht ganz still. Sie setzen sich entgegen der Wehr und Brandmarken das arbeiterschädigende, brutale Verhalten der Genossen in der Öffentlichkeit mit der notwendigen Schärfe.

Am 7. März nahm eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der christlichen Arbeiter zu dem Streit in einer Resolution Stellung, die u. a. besagt:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß durch dieses Vorgehen die Interessen der gesamten Polsterer und Tapezierer geschädigt und eine gesunde Weiterentwicklung der Tarifbewegung, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen zur Abwehr getroffen werden, gefährdet ist. Sie ist ferner der Ansicht, daß durch solche Vorwommisse, wenn sie sich wiederholen, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft geschädigt werden, weil dadurch den Bestrebungen derjenigen, welche unablässig bemüht sind, die Freiheiten und Rechte der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens zu beschränken, in der unverantwortlichsten Weise Vorschub geleistet und namentlich die Koalitionsfreiheit gefährdet wird.“

Ganz besonders aber verurteilt die Versammlung das Vorgehen, weil es im höchsten Maße unmoralisch ist, die persönliche Freiheit der christlich-national gesinnten Polsterer und Tapezierer mit derartigen Mitteln zu bekämpfen. Es ist ein Versuch, dieselben durch Gewalt entgegen ihrer inneren Ueberzeugung zum Eintritt in die sozialdemokratische Organisation zu zwingen.

Die Versammlung spricht den im Kampfe um die Freiheit der Betätigung ihrer Ueberzeugung stehenden Polsterern und Tapezierern die vollste Sympathie aus.“

Aus unserer Industrie.

Die Aussichten im Jutegejchäft.

Während im vergangenen Jahre das Geschäft der Fabriken durch die irreführenden und mehrfach jah wechselnden Entscheidungen der indischen Regierung erschwert war, da es infolge der wilden Preisschwankungen nahezu unmöglich wurde, die Gewerbetreibende den Jutepreisen sofort anzupassen, überdies auch die Ueberproduktion der indischen Spinnereien die Spinner zur Zurückhaltung veranlaßte, können die Etablissemens jetzt wieder mit größerer Sicherheit kalkulieren, da sie nach Lage der nunmehr völlig übersehbaren Ernteergebnisse wohl mit einer ziemlichen Stabilität der Preise rechnen zu können.

Das Gewicht fällt für die deutschen Fabriken die Tatsache, daß nunmehr die Unsicherheit beseitigt ist, die im ganzen Jahre 1910 bezüglich der Frage der Verbands-erneuerung herrschte und einen läghenden Einfluß auf das Geschäft ausübte. Wie bekannt, ist es noch am vor-letzten Tage des vergangenen Jahres gelungen, die Jutekonvention für weitere fünf Jahre zu erneuern. Die Konvention dürfte in Zukunft einen noch wirksameren Einfluß auf die Preisregulierung der deutschen Jute-fabriken ausüben vermögen als bisher, da es dem Vorstand der Jutevereinigung gelungen ist, die früher im Schatten der Konvention arbeitenden Außen- der Vereinnung anzuschließen. Die in der gegenwärtigen Form seit 1905 bestehende Konvention erfuhr infolgedessen eine Erweiterung, als ihr künftig nicht nur die Spinnereien, sondern auch jene Fabriken angehören werden, die selbst nicht spinnen, sondern nur weben. Als einziger Anseherer verbleibt jetzt lediglich eine kleine, für den deutschen Markt ins Gewicht fallende Firma, so daß das neue Kartell etwa 96-97% sämtlicher deutscher Webstühle und Spinnstühle umfaßt. Erst hierdurch wird der Juteverband in der Lage sein, die deutschen Fabrikate den Bewegungen der Weltmarktpreise für das Rohmaterial völlig anzupassen. Erst kürzlich erhöhte der Verband die Preise für Jeffians um 2/10 Pfg. pro Quadratmeter, für Jute-garne um eine Mark pro 100 Kilo. Und am 10. März wird berichtet, daß er die Preise für sämtliche Gewebe um einen halben Pfennig das Quadratmeter, für alle Garne aber um eine Mark pro Doppelzentner erhöht habe.

Die meisten Etablissemens sind, soweit Garne in Betracht kommen, für das erste Semester 1911 mit Aufträgen voll versehen, einzelne Fabriken noch darüber hinaus. Die noch freibleibende Produktion dürfte sich

bei der guten Nachfrage nach Garnen und Geweben infolge der großen Weltente in Getreide und Zucker sowie des stärker gewordenen Zementbedarfs unschwer absetzen lassen, zumal die Läger durchweg nur geringe Vorräte zeigen und die Konsumenten nach Wiederherstellung des Friedens in der Juteindustrie auf einen Preissturz der Fabrikate nicht mehr zu rechnen haben. Der Juteverband gehört zu den wenigen Kartellen, mit denen auch die Konsumenten zufrieden sind, da er während der langen Zeit seines Bestehens eine Politik der Mäßigung getrieben hat. Das hatte zur Folge, daß keine Neugründungen aufkamen, die allerdings auch angesichts der gesunden inneren Verhältnisse vieler Fabriken einen schweren Stand gehabt hätten. Wie bekannt, ist Rohjute zollfrei, während Gewebe und Garn einem Zoll unterliegen, der den Import der Fabrikate schwierig gestaltet. Ein Einbringen von fertigen Erzeugnissen aus dem Ausland wird also bei entsprechender Preispolitik des Verbandes nicht möglich sein. Andererseits wird der Verband bei den guten Vorverkauf aller Fabriken einen leichten Stand haben, den kartellierten Etablissemens durch Anpassung der Preise an das Weltmarktniveau einen ausreichenden Nutzen zu sichern. In Interessentkreisen werden daher die Aussichten der Juteindustrie für das laufende Geschäftsjahr nicht ungünstig beurteilt.

Ueber die Geschäftslage im Wuppertal

schreibt einer der sachmännischen Mitarbeiter der Kölnischen Volkszeitung unterm 9. März 1911 aus Darmen folgendes:

„Seit unserem vorigen Bericht hat sich die geschäftliche Lage im Wuppertal weiter verschlechtert; man hegt schon ernste Befürchtungen für die nächste Zeit, weil man sich mit Recht sagt: Wie soll es erst im Sommer werden, wenn jetzt, im besten Geschäftsmonat des ganzen Jahres, schon solche Geschäftsflaute herrscht. Dabei sind in manchen Betrieben die Lagerbestände so angewachsen, daß man zur Einschränkung des Betriebs übergehen mußte und sich gezwungen sieht, größere Warenposten loszuschlagen, wodurch die Preise natürlich gedrückt werden. Die hohen Baumwollpreise tragen noch wesentlich dazu bei, nach allen Seiten hin Vorwärts angraben zu lassen, wie ja auch die Abnehmer bei der wenig befriedigenden allgemeinen Geschäftslage gar nicht anders handeln können und deshalb nur von der „Hand in den Mund“ lauten. Die Reisenden, welche ja jetzt alle unterwegs sind, bringen deshalb durchweg wenig erfreuliche Reiseberichte. In den Großgewerbe-Regionen fehlt bei der anhaltenden Teuerung weiteren Kreisen der Bevölkerung das Geld, um Erzeugnisse des Weltwirtschaftsgewerbes zu kaufen. Erfreulich ist nur die Tatsache, daß die Landwirtschaft kaufkräftige Bevölkerung aufweist. Sonst würde das Geschäft ja noch viel schlechter sein.“

Das Geschäft nach den europäischen Staaten bleibt wegen der ungünstigen Mode noch unbefriedigend. Die Ausfuhr nach den überseeischen Ländern aber hat sich ebensowenig gebessert. Die Nordamerikaner halten wieder mit Aufträgen zurück; dagegen hat sich das Geschäft nach Südamerika etwas gehoben. Die Ausfuhr nach China setzt wieder ein wenig ein, während sie nach Japan ganz beiseite bleibt. Aus Niederländisch-Indien sind Aufträge eingegangen, ohne daß aber von lebhaftem Geschäft die Rede sein kann. Außerordentlich ruhig ist die Nachfrage aus den Straits Settlements.

Im Wuppertaler Gewerbe macht sich der kiloweise Verkauf zu Schundpreisen wieder recht unangenehm bemerkbar. Die hiesigen Hersteller sollten doch endlich dazu übergehen, für zurückgesetzte und fehlerhafte Waren eine gemeinsame Verkaufsstelle einzurichten, wodurch wesentlich höhere Preise erzielt und der Verführung der Angestellten durch die „Ramschkauflente“ Einhalt geboten würde. Aus verschiedenen Betrieben haben sich demnach wieder Angestellte vor dem Strafrichter zu verantworten, welche wohl brave Menschen geblieben wären, wenn der Ramscherei von den Inhabern der Geschäfte von vornherein die Tür gewiesen worden wäre. Die Barmer Handelskammer würde den Dank der Wuppertaler Bevölkerung ernten, wenn sie die Errichtung einer solchen Verkaufsstelle bei den maßgebenden Kreisen fördern wollte. Die Freisprechung von früheren Angehörten im hiesigen Gewerbe von der hageren Strafammer beweist aber auch, daß man mit Anzeigen gegen Angestellte vorsichtig sein soll.“

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

M. Gladbach.

Die Firma Schippers u. Daniels kündigte am 25. Febr. 11 Webern. Sie begründet diese Kündigung mit ~~unzureichendem~~ ~~Schuldensystem~~. Dieses scheint aber nicht der alleinige Grund zu sein. Vielmehr scheint sie die jetzige Gelegenheit zu benutzen, um eine „Auslese“ unter den Webern zu halten. Besonders sind doch unter den Geschädigten fast alle diejenigen, die in einer vor kurzer Zeit bei der Firma stattgefundenen Bewegung in Verhandlungen das Wort genommen hatten. Diese hat die Firma wohl für die Zukunft „unerschöpflich“ machen wollen. Wahrscheinlich hat sie, um den Schein zu wahren, auch einigen anderen Kollegen mitgekündigt. Dieses Vorgehen war um so weniger begründet, als an dem Tage, wo seitens der Firma die Kündigungen erfolgten, der Obermeister noch einen Weber auf der Straße ansprach, ob er nicht bei ihm arbeiten wollte.

Zweierlei Gründe sind es, die zu diesem Vorgehen Veranlassung haben geben können. 1) Haben die Weber

gegen den Willen der Firma das Weben an zwei Stühlen aufgegeben. Die Ursache war hier nach den Angaben der Weber ein schlecht zu verarbeitendes Material. Es sei ihnen unmöglich, mit diesem Material zwei Stühle ordnungsmäßig zu bedienen. Dieses schmerzt die Firma sehr. Sie hat auch bei schlecht zu verarbeitendem Material noch gern an zwei Stühlen arbeiten lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie Weber, die zuletzt bei ihr eingestellt worden sind, unterschreiben lassen, daß sie sich bereit erklärten, auf Wunsch der Firma an zwei Stühlen zu arbeiten. Bisher ist das Ansinnen, zwei Stühle zu bedienen, noch nicht gestellt worden.

Im Herbst dieses Jahres muß bei der Firma der Tarif erneuert werden. Das letzte Mal, d. h. bei Abschluß des jetzt laufenden Tarifes, suchte die Firma ein Geschäft zu machen. Sie scheute sich nicht, eine Lohnreduktion von 15% zu verlangen. Sie mußte aber die Erfassung machen, daß das mit organisierten Arbeitern so leicht nicht geht. Ihr Vorhaben wurde zunichte. Da sie nun früher mit unorganisierten Arbeitern bessere Geschäfte machen konnte, ist es wahrscheinlich ihr Wunsch, langsam den Betrieb mit Unorganisierten besetzt zu bekommen. Hoffentlich werden die Arbeiter rechtzeitig Sorge tragen, um im kommenden Herbst für alles gerüstet zu sein. —

Es wurde versucht, die Firma zu einer Zurücknahme der Kündigung zu bewegen. Wenn das Geschäft schlecht ginge, möge eine entsprechende Reduzierung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Hierfür war sie aber nicht zu haben. Eine Belegschaftsversammlung, in der dieses den Arbeitern vorgetragen wurde, hat nun beschlossen, über die Firma die Sperre zu verhängen. Unsere Mitglieder werden schon im eigenen Interesse eine Firma meiden, die so ihren Arbeitern handelt, um nicht selbst Gefahr zu laufen, in ähnliche Dinge verwickelt zu werden.

Lohnunterschiede bei Gebr. Brandts. Bei der Firma Gebr. Brandts haben die Weber Lohnunterschiede.

Bei einem neu eingeführten Artikel mit grobem Schuß konnten die Weber keine zwei Stühle in Betrieb halten. Sie ließen aus diesem Grunde einen stehen, weil ein Schuß von 4000 Meter Länge pro Kilo ihre Arbeitskraft ganz in Anspruch nahm. Ueber die Höhe des Lohnes konnte keine Einigung erzielt werden. Anscheinend, um der Sache die Spitze abzubrechen, kündigte die Firma fünf Webern, die diese Arbeiten machten. Hiergegen werden die Arbeiter der Firma Stellung nehmen wissen.

Die Firma Peter Brunen hieselbst scheint mit ihren Arbeitern stets Differenzen haben zu müssen. Es gibt ja solche Betriebe, wo man aus den Streitigkeiten gar nicht herauskommt. Vor etwa sechs Wochen brachte die Firma die Arbeiterschaft dadurch in Aufregung, daß sie gegen die Arbeiterinnen vorging. Nachdem diese Differenzen geschlichtet waren, mußten die Weber erhalten. Ein eigenartiges Kontrollsystem gab den Anlaß. Die Weber werden nämlich jeden Morgen kontrolliert, wieviel Touren sie am vorhergehenden Tage gemacht haben. Dieses Verzeichnis wird dann verglichen. Stellt sich nun heraus, daß an einem Unglückstage mal etwas weniger fertig gemacht wurde, so wird der Weber zur Rechenschaft herangezogen. Hierbei gibt die Firma sich nicht einmal die Mühe, beim Meister Erkundigungen einzuziehen, ob der Weber durch Stuhldefekt in seiner Leistung behindert wurde. Hat ein Weber mal eine Kette, die sich schlecht verweben läßt, so wird er besonders scharf auf Korn genommen. Wenn er dann nicht jeden Tag ebenviel Touren macht, so ist seine Heranziehung sicher, einerlei, woran dieses liegt. Daß solch eine Behandlung Aufregung und böses Blut erregt, ist natürlich, besonders dann, wenn der Weber angestrengt und mit allem Fleiß gearbeitet hat. Da die Weber allgemein auf diese Weise behandelt werden, wurde die Aufregung auch eine allgemeine. Nebenbei sind der Firmeninhaber, sowie einige Angestellte derselben, sehr „zartfühlend“. Sehr leicht sind sie beleidigt. Dagegen ist nun nichts einzureden, jedoch sollten die Betreffenden auch den Arbeitern gegenüber ein entsprechendes Benehmen an den Tag legen. Wie manchmal Kleinigkeiten seitens der Firma aufgebracht werden, zeigt folgender Vorfall: Ein Weber fragte sich beim Meister Urlaub. Anderen Tages brachte er eine ärztliche Bescheinigung, daß er arbeitsunfähig sei. Dem Meister war nun überbracht worden, daß der Arbeiter am ersten Tage in einer Werkstatt gewesen sei. Der Weber gibt dieses auch zu, mit der Begründung, daß er seine Notdurft habe verrichten müssen. Die Firma kündigte dem Arbeiter dieserhalb. An demselben Tage war aber etwas vorausgegangen, womit die Firma nicht auf ihre Rechnung gekommen war. Sie hatte tags vorher folgende Bekanntmachung aufgehängt:

„Da ich bekannterweise meinen Betrieb nach Löhnhöhe verlege, so mache ich auf folgendes aufmerksam: Sollte mit dem Umzuge etwaiges Warten entstehen, so wird hierfür keine Vergütung bezahlt. Es wird aber mein Bestreben sein, wie auch sonst, dieses soviel wie möglich zu vermeiden zu suchen. Wer dagegen etwas einzuwenden hat, kann sich bis morgen Mittag auf der Wiegekammer melden.“

pp. Peter Brunen, Spenrath.“

Hiermit waren die Arbeiter nicht zufrieden und machten geschlossen eine Einwendung dagegen: Die Firma sollte sich aber auch bewußt sein, daß die Arbeiter eines mit einem Umzuge verbundenen Arbeits- und Verdienstaussfall nicht tragen können, und ein solches Ansinnen im eigenen Interesse bezgl. ihres Ansehens nicht an die Arbeiter stellen.

Greiz.

Schnell beendete Lohnbewegung. Wie schon in der vorigen Nummer unseres Organs kurz berichtet wurde, befanden sich hier fast alle im Stundenlohn beschäftigten Färbearbeiter und -Arbeiterinnen der Färberei und Appreturanstalten der Firma Georg Schieber u. G. seit Dienstag, dem 28. Februar, im Ausstande.

Die Forderungen, die die Arbeiterschaft gestellt hatte, waren sehr minimal und vor allen Dingen zeitgemäß. Sie sahen folgendes vor:

3 Pfennige Lohnerhöhung pro Stunde für den Tagelohn, 40 für Ueberstundenarbeit, Arbeitschluss am Sonnabendnachmittag um 4 Uhr, Schriftliche Festlegung aller Uebereinkommen. Im genannten Betrieb wird nach Lohnklassen bezahlt, und zwar von 2,20 M. bis 3,00 M. Noch am Freitag, dem 3. März, wurde die streikende Arbeiterschaft von den Führern des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aufgefordert, fest zusammen zu halten und sich nicht durch irgend welche kleinen Zugeständnisse auf den Leim führen zu lassen.

Inzwischen fanden Verhandlungen statt zwischen der Firma und einer aus den Aktordarbeitern gewählten Kommission. Die Aktordarbeiter sollten laut Versammlungsbeschluss am Sonnabend früh ebenfalls aus dem Betrieb herausgezogen werden, um den Forderungen der Stundenarbeiter mehr Nachdruck zu verleihen. Dieser Aktordkommission machten die Firmeninhaber folgendes Zugeständnis:

- 1. Der bish. Mindestlohn v. 2,40 M. wird auf 2,55 M. erhöht;
2. Bei Arbeitern, die noch nicht 6 Monate im Betriebe arbeiten, werden von diesen Löhnen 10% gekürzt.
An Ueberstundenlöhnen werden von jetzt an bezahlt:
Für die Lohnklasse von 2,20 M. 30 Pfg.
" " " 2,40 " 83 "
" " " 2,60 " 85 "
Alle übrigen Löhne bleiben so, wie sie vor dem 4. März waren.

Man beachte genau die hervorgehobenen Sätze. Die Lohnerhöhung betrifft nur die Lohnklassen von 2,40 M. und 2,50 M. Im Ausstand befindenen sich ungefähr 800 Arbeiter. Nach Aussprüchen aus den Versammlungen zu urteilen, haben einen Anteil an der Lohnerhöhung 200 Arbeiter. Alle übrigen Arbeiter aus den Lohnklassen 2,20, 2,30, 2,60, 2,70, 2,80 M., auch die am Streik beteiligten Arbeiterinnen, gehen leer aus. Die Erregung gegen den „deutschen“ Textilarbeiterverband ist darum eine sehr große. Die Verbandsleitung, die noch am Freitagabend die Arbeiterschaft warnte, sich „durch kleine Zugeständnisse nicht auf den Leim führen“ zu lassen, empfahl mit geradezu nervöser Hast durch die Kommissionsmitglieder die Annahme des Angebots und die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag früh, dem 6. März. Nicht mehr dachten die Führer an ihre eigenen Worte, daß das Lohnsystem aufhören mußte und die Arbeit nicht eher aufgenommen werden dürfte, bis der Mindestlohn als unterste Grenze den Lohnfuß von 2,60 M. auszuweiten habe. Was mag die Leitung des „deutschen“ Verbandes veranlaßt haben, den streikenden Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit so nachdrücklich zu empfehlen?

Schwelm.

Es kann der Beste nicht in Frieden leben —! Am 11. Februar legten bei der Firma A. Köllinghoff sämtliche Handwerker nach vorausgegangener Kündigung die Arbeit nieder. Ende November kündigte die Firma auf einen Artikel einen Lohnabzug von 10 Prozent an. Als der Arbeiterausschuß diesbezüglich vorstellig wurde, erhielten die betreffenden Kollegen die Kündigung. Den übrigen Arbeitern wurde von der Firma ein langer Schreibebrief zugestellt, in welchem die Notwendigkeit des Lohnabzuges zu begründen versucht wurde. Doch die Arbeiter waren anderer Meinung, weil vier andere Firmen für den gleichen Artikel erheblich höhere Löhne zahlten, wie die Firma Köllinghoff. Den Arbeitern wurde dann auch noch angetragen, sich von „agitorisch veranlagten Personen“ nicht beeinflussen zu lassen und die anberaumte Versammlung nicht zu besuchen. Doch die Arbeiter zeigten kein Verständnis für das sorgliche Bemühen und die guten Ratsschläge der Firma, erklärten sich vielmehr mit dem gekündigten Ausschuß solidarisch und beschlossen einmütig, auch ihrerseits die Kündigung einzureichen, falls die Firma kein Entgegenkommen zeigen sollte. Als die Organisationsvertreter der Firma den Ernst der Lage einmal vor Augen geführt, einigte sie sich mit ihren Arbeitern unter Bedingungen, die für die Arbeiter recht günstig waren.

Kann war der Friede wieder hergestellt, als die Firma durch Nichterhalten der getroffenen Vereinbarungen erneut Differenzen hervorrief. Zunächst verlangte sie von den Arbeitern, Samstag eine halbe Stunde länger zu arbeiten, als vereinbart war. Der Ausschuß verlangte im Auftrage der Arbeiter, daß die Vereinbarungen eingehalten würden, worauf die Firma von ihrem Vorhaben Abstand. Nun wurde der Ausschuß drangsalirt, um die Kollegen zu veranlassen, den Betrieb zu verlassen. Sie erhielten nur einen Stuhl mit Arbeit belegt, wodurch denn auch ihr Verdienst um etwa 50 Prozent geringer wurde. Einem Teil der Arbeiterinnen wurde ebenfalls ein bedeutender Lohnabzug gemacht, ebenso den Stengarnrinderinnen der Hausindustrie. Als der Ausschuß nun im Auftrage der Belegschaft mit der Firma verhandeln wollte, wurde er einfach nicht vorgelassen, obgleich laut Vereinbarung der Ausschuß anerkannt war.

Da die Firma es so zum Äußersten treiben wollte, reichten sämtliche Handwerker die Kündigung ein. Ebenso ein Teil der Arbeiterinnen. Zwei Ausschußmitglieder wurden darauf ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen, ein Zeichen, daß die Firma den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht nehmen wollte, um ungestört

die Löhne noch weiter herabsetzen zu können. Das Gewerbegericht mußte ihr denn auch erst klar machen, daß die Arbeiter doch nicht ohne weiteres auf die Straße gesetzt werden können. Als das lebhafteste Bemühen der Firma, Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter zu tragen, keinen Erfolg zeitigte, wurde versucht, die Ursachen der Differenzen abzuleugnen. Aber auch das hat nichts gebracht. Die Streikleitung berief auf den 26. Februar eine öffentliche Versammlung ein, wozu die Firma eingeladen wurde, aber nicht erschien. Dort wurden die Ursachen der Differenzen klargelegt, worauf die Versammlung einstimmig eine Resolution zustimmte, in welcher den Arbeitern Solidarität zugesichert und den Bandwirtern angetragen wurde, bis zur Beilegung der Differenzen keine Arbeit bei der Firma anzunehmen. Die Arbeiter erklärten sich jederzeit zu Verhandlungen bereit, sobald die Firma allein die Verantwortung für den Kampf trägt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. Die kommenden Reichstagswahlen scheinen schon jetzt ein Anlaß für die Sozialdemokraten zu sein, bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit — ob passend oder unpassend — für ihre Partei zu agitieren. Verfolgt man die sozialdemokratische Presse, so findet man eine geradezu demagogische Heze gegen die christlichen Arbeiter und ihre politischen Parteien. Die mit diesen Parteien verfeindeten Gehirne der Leser der sozialdemokratischen Presse sind für praktische Denkarbeit fast unfähig, die Leute bekämpfen mit einer Erbitterung ohne gleichen alles, was nicht auf das sozialdemokratische Programm schwört. Auch hier in Bocholt zeigen sich solche Erscheinungen. Am 7. März hatte die hiesige Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes Spinnerlei „Rote Erde“ einberufen, um über die Arbeitsverhältnisse zu beraten. Das Verhalten der Sozialdemokraten in der Belegschaftsversammlung machte eine Erörterung über die Arbeitsverhältnisse unmöglich. Die Diskussion wurde von ihnen direkt auf das politische Gebiet (Zentrum, christliche Arbeitervereine, Lebensmittelerzeugung usw.) gelenkt, ohne jegliche Veranlassung. Eine Erörterung über die Arbeitsverhältnisse schienen den Sozialdemokraten überflüssig, war durch ihr Verhalten auch unmöglich gemacht worden. Mögen die christlich gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen aus diesen Vorkommnissen ihre Lehren ziehen.

Soersfeld. Die letzten Monate waren eine bewegte Zeit für unsere Ortsgruppe. Erfreulich sind sie besonders, wenn wir zurückblicken auf die Agitation. So 80 bis 90 Kollegen und Kolleginnen wurden für unsern Verband teils neu, teils wiedergewonnen. Bemerkenswert ist auch die Veränderung, die sich im Vorstand unserer Ortsgruppe vollzogen hat. Unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Theob. Vormann, trat infolge öfterer und andauernder Krankheit seinen Vorpost ab. Seit ungefähr sieben Jahren leitete er mit großer Umsicht und Erfahrung unsere Ortsgruppe. Mit ungefähr 140 Mitgliedern und zerrütteten Massenverhältnissen übernahm er damals die Leitung. Den heutigen Stand der Ortsgruppe betrachtend, gehen wir nicht zu weit, wenn wir ihm einen großen Teil dieses Verdienstes in Anrechnung bringen. Im Namen aller Mitglieder sei ihm von dieser Stelle aus herzlichster Dank abgestattet. Zu seinem Nachfolger wurde Kollege Jos. Hemming (ehem. Kassierer) gewählt. Wir hoffen, in ihm einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben. Neu in den Vorstand gewählt wurde Kollege Feinr. Gornath. Am 22. Jan. hatten wir eine Versammlung, in der wir zum ersten Male unsern neuen Bezirksleiter, Kollegen Bern. Otte, begrüßen konnten. Er referierte über den Wert unserer Organisation und führte uns besonders die Gegenstände in der Weltanschauung zwischen christlichen und „freien“ Gewerkschaften vor Augen. Kurz darauf, am 8. Febr., hatten wir eine Arbeiterinnenversammlung, wozu als Referentin die Kollegin Harder erschienen war. Sie führte uns in klaren und überzeugenden Ausführungen hauptsächlich die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen vor Augen. Die anwesenden Arbeiterinnen zeigten ihr reiches Beifall. Möge die Arbeit, die sich in unserer Ortsgruppe in letzter Zeit entfaltet hat, ein Ansporn sein für alle noch Fernstehenden, daß auch sie hineingehören in unsern Verband. Dann wollen wir noch einmal von hier aus an die, die es angeht, die Bitte richten, zahlreicher an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Denn, auch die grundsätzliche Schulung darf nicht vernachlässigt werden.

Forst (Rauß). Die Lage und Aufgaben der Arbeiterinnen war das Thema, das die Sekretärin des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterrinnen, Frä. Filling-Becklau, in unserer Arbeiterinnenversammlung am 4. März behandelte. Die Versammlung, die nach jeder Richtung hin als gut verlaufen bezeichnet werden kann, war ein erster Versuch mit besonderen Arbeiterinnenversammlungen. Der Vortrag bewegte sich in folgenden Gedankengängen: Die Entwicklung unseres Industrialismus habe im Gefolge gehabt, daß außer dem Manne auch die Frau der arbeitenden Bevölkerung aus ihrer Heim- und Hausarbeit verdrängt wurde und in industriellen Betrieben Einkommensgelegenheit suchen mußte. Leider aber seien gerade die Frauen in besonders großem Maße zu diesen Arbeiten herangezogen worden, so daß wir heute die Millionenzahl von rund 2 Millionen Arbeiterinnen gewerblich beschäftigt sehen; nicht etwa allein deshalb, weil die männlichen Arbeitskräfte nicht genügen, sondern auch, weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, die Familie zu ernähren. Dazu kommt, daß die Frauen sich mit einem Hinzuverdienen begnügen und daß die jungen Mädchen nur an eine vorübergehende Fabrikarbeit glauben, so daß dadurch der Lohn, auch des Mannes, niedergehalten wird. Aufgabe der Arbeiterinnen muß es nun sein, sich ebenso wie die männlichen Kollegen in der Organisation zusammenzuschließen, um so gemeinsam für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einzutreten. Erfreulicherweise hat sich ja schon eine große Anzahl der Arbeiterinnen in unserm Verbandsorganisiert, die Zahl der Unorganisierten ist aber noch eine viel größere; diese zu gewinnen für unsern Verband ist eine weitere Aufgabe der Kolleginnen. Wir wollen, daß die verheiratete Arbeiterin dem Manne eine Hausfrau, ihren Kindern wieder eine Mutter sei. Die Ausführungen der Referentin wurden mit großem Interesse aufgenommen. An den Vortrag schloß sich eine äußerst rege Debatte. Unter anderem wurden auch Betriebsmängel diskutiert; die sonderbare Einteilung der zehnjährigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen in Forst gibt zu manchen Beschwerden Anlaß. Die begeisterten Zuhörerinnen verließen die Versammlung mit dem Wunsche, daß eine besondere Arbeiterinnenversammlung bald wieder stattfinden möchte.

M. Gladbach. Ein „toter“ Mann gibt in der vorletzten Nummer des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes noch einmal ein leuchtendes Zeichen seines, auch nun abgeschlossenen Kampfes- und kämpferischen Lebens. Es ist der gewesene Geschäftsführer des „deutschen“ Verbandes in het Pannhuis, der in M. Gladbach einige Jahre dem ertragsarmen Handwerk der Christenbrüder oblag, vor einigen Wochen aber ganz plötzlich von seiner Verbandsleitung gemeldet wurde. Der „abgelegte“ Ritter vom Leipziger sozialdemokratischen Schnapsbottelbeschlus hat noch einmal sein Streikklein befestigt, um es, auch wohl zum letzten Male, gegen die Christlichen zu tummeln.

Unsere Notiz über seine Beförderung ins Privatleben hat ihn suchstufelwild gemacht. In dem vollen Bewußtsein seiner Unschuld bekräftet er, 1 1/2 tausend M. unterschlagen zu haben. Als ob das in unserm Organe behauptet worden wäre. Kein Sterbenswörtchen ist von solchen Dingen gesagt worden. Und wenn uns Pannhuis versichert, daß er keine 1 1/2 Tausend gelangfingert habe, dann glauben wir ihm das.

Gleiche Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande! Darum ist es auch gar nicht verwunderlich, daß P. auf den bekannten Trochüreuschreiber Wolf in Hamborn zurückgreift, um den christlichen Verbänden eins zu verlesen. Ach, armer Pannhuis, deine Hiebe schmerzen nicht, denn sie sind windelweich und riechen fürchterlich stark nach — Schnaps. Einmal „soll“ jagar, schreibt P., eine christliche Größe in M. Gladbach nächtlischerweile in bierfroher Stimmung ein paar Maulschellen erhalten haben. „Soll!“ Hier ist nichts davon bekannt, und wir bitten P., die Nebel mal steigen zu lassen, um sagen zu können, ob es wirklich ist. Laß er mal in das Dunkel hineinleuchten; ein Leuchtmittelinstrument hat er ja.

Ein großer Glück empfindet P. doch noch in seinem Schmerze. Man sage ihm nach, er habe seine Pflicht stets getan. Ob das allerdings nur in bezug auf das Büfett gemeint ist, sagt er nicht. Aber gerade diese Pflichterfüllung soll zu seinem Sturze beigetragen haben. — Das Wort „Christentöter“ gefällt ihm ausgezeichnet. Er gelobt, ein solcher zu bleiben. Schade, daß man ihm die Gelegenheit dazu genommen hat. Wir haben uns bei seiner „Tötere“ außerordentlich wohl gefühlt. Zum Schluß sagt P., daß er sich — „mit der Absicht trage, Rosenkränze und Heiligenbilder zu vertreiben“. Mag er sich mit seinem Freunde, dem Freidenkeragitor Schulte aus Köln, verbinden, der ihm wahrscheinlich seine guten Erfahrungen nicht vorenthalten wird. Wenn das Geschäft nicht klappen sollte, raten wir ihm, einen Handel in Kohl anzufangen. Den hat er ja bisher schon immer reichlich an den Mann zu bringen versucht; oder er mag Blechschmied werden. Im schlimmsten Falle könnte er auch eine Fuselbesilliererie eröffnen. Da aber diese Geschäfte bei allzustarkem Eigenverbrauch nicht sehr rentabel sind, bliebe für P. wohl nichts anderes übrig, als sich als lebendiger Beweis von der Nützlichkeit und Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsbottelbeschlusses für Geld sehen zu lassen.

Sinsbeck. „Ein kräftiges Wachstum der Ortsgruppe“, das ward er Schlusssatz, worin der Geschäftsbericht, der in der diesjährigen Generalversammlung erstattet wurde, ausklang. Besonders erfreulich ist, daß an dem Erstarken unserer Bewegung hier am Orte die Arbeiterinnen vornehmlich beteiligt sind. Der „alte“ Vorstand wurde in der Generalversammlung wiedergewählt; er wurde aber erweitert durch zwei Kolleginnen. Der Vortrag des Kollegen Stiel über „Schulung und Bildung“ war recht zeitgemäß und fand vielen Beifall. Nach Besprechung einiger innern Ortsgruppenangelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Süßen. Die Versammlungen unserer Ortsgruppe sind immer recht interessant. Daß trotzdem nur ganz selten die übergroße Mehrzahl der Mitglieder anwesend ist, ist ein Zeichen bedauerlicher Nachlässigkeit von den Kollegen und Kolleginnen. Unsere Generalversammlung war zwar gut besucht, aber, daß auch da wieder mehrere fehlten, war doch für den Vorstand keine Freude. Die Vorstandswahlen gingen glatt vonstatten. Eine lebhafteste Diskussion entwickelte sich bei dem letzten Punkte der Tagesordnung: „Verschiebenes“. Besonders wurden die Mitglieder angehalten, besser unsere schöne Ortsgruppenbibliothek zu benutzen. Wissen ist Macht! Wir geben noch den Wunsch unseres Kassierers bekannt, der dahin geht, daß die Unterstufungen Sonntags morgens oder wenigstens vor der Abendstunde zu halten sind. Wir bitten, durch Erfüllung dieses gewiß berechtigten Wunsches unserm Kassierer seine schwere Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern.

Weißeln. „Deutsche Futespinnerei und Weberei“ in Weissen. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung aus dem sich nach Vorname von 99 824 M. Abschreibungen (i. B. 103520 M.) ergebenden Reingewinn in Höhe von 684207 M. (i. B. 728 134 M.) die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent (wie i. B.) für Ueberweisungen von Gratifikationen an Beamte und Arbeiter 60000 M. (wie i. B.), an den Salonensteuerfonds 10000 M. und an den Dispositionsfonds 100000 M. (i. B. 120000 M.) vorzuschlagen.

Neustadt (O.-Schl.). Zahlreich hatten sich unsere Mitglieder zu der Versammlung eingefunden, welche am 20. Febr. im Rügler's Restaurant tagte. Kollege Boigt aus Forst in der Aufsicht hielt einen recht interessanten Vortrag über „Die gegenwärtige Lage auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete“. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Auf den in nächster Zeit wieder beginnenden Ferienurlaub, welcher von der „Sozialen Ferienvereinigung“ in Gemeinschaft mit dem Arbeiterbildungsausschuß veranstaltet wird, wurde hingewiesen.

Stabensburg. Die Fastnachtstage mögen im allgemeinen nicht geeignet sein für Gewerkschaftsversammlungen; wir haben es trotzdem riskiert, eine Versammlung auf Fastnachtsamstag anzusetzen und haben gut dabei abgechnitten. Trotz des Trubels saß eine sehr schöne Anzahl in unserm Versammlungskolossal und lauschte den Worten unseres Bezirksleiters Kammerer, der über die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung sprach. In der Diskussion sprach sodann noch ein Kollege vom christlichen Metallarbeiterverbände in zustimmendem Sinne. Den Rednern wurde lebhafter Beifall gezollt. 16 Neuaufnahmen konnten gemacht werden. Seit Neujahr haben wir bereits über 40 neue Mitglieder gewonnen, es geht also auch bei uns rüstig vorwärts.

Thiengen. Unsere Versammlung am 1. März hätte besser besucht sein können, umso mehr, als uns unser Herr Bittar Puff einen sehr lehrreichen Vortrag bot. Kollege Siebold betonte noch in einer beherzigtenswerten Ansprache, daß alle mithelfen sollten, soviel ein jeder könne.

Wierfen. Gegen Ende des Monats Juni vor. Jahres wurde in Wierfen gegen unsern Lokalbeamten Friedr. Besch ein durchaus ehrenrühriges Gerücht verbreitet. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der christlichen Gewerkschaften nahm zu der Angelegenheit sofort Stellung, und hier schon zeigte es sich klar und deutlich, daß das gerüchtelnde Gerücht

nichts anderes war als eine elende Verleumdung. Im Auftrage des Zentralvorstandes erhob der Verleumdete gegen eine Anzahl Personen Klage wegen Beleidigung. Zuständig war bei allen Klagen das Amtsgericht Wierzen. Im Wege des Vergleichs wurden zwei Klagen erledigt. Der Arbeiter Richard Dollen (nichtorganisiert) wurde, da er den Vergleich nicht erfüllte, verurteilt, öffentlich zu widerrufen, die Kosten des Verfahrens zu tragen und als Sühne eine Geldbuße zu zahlen. — Der Fabrikarbeiter Richard Dücker (Hirsch-Dücker) wurde, da er den Vergleich ebenfalls nicht erfüllte, verurteilt, öffentlich zu widerrufen, die Kosten des Verfahrens zu tragen und als Sühne eine Geldbuße zu zahlen. — Der Weber Hubert Ludwig, Vorsitzender des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, wurde wegen Weiterverbreitung des ehrenrührigen Gerüchtes über Kollegen Pösch zu 10 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft und Tragung der Kosten verurteilt. Ludwig legte durch seinen Anwalt am Landgericht in Krefeld Berufung ein; diese wurde aber kostenpflichtig verworfen. — Der Spinnereiarbeiter August Müller, Vertrauensmann im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband, wurde wegen des gleichen Vergehens wie Ludwig zu 5 M. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. — Der Weber Friedr. Feldmann, tätiges Mitglied des Nieberth-Weberverbandes, wurde wegen des gleichen Vergehens wie Ludwig zu 10 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. — Mit dem Gelegenheitsarbeiter Constantin Conzen, der sich zur sozialdemokratischen Bewegung bekennt, wurde ein Vergleich geschlossen, worin der Beklagte widerrief, 10 M. Buße und die Kosten übernahm. Conzen fand es nicht für notwendig, den Vergleich zu erfüllen. Er wurde deshalb erneut vom Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

Wierzen. Aufgewacht, Arbeiterinnen von Weiden! Nicht eher gerufen und gerastet, bis auch die letzte Kollegin des Ortes unsern Verbande angehört! Das war der Grundton der Arbeiterinnenversammlung, die im vergangenen Monat von unserer Ortsgruppe aus in Weiden abgehalten wurde. Sie war von Arbeitern und Arbeiterinnen zahlreich besucht. In dem Referat unseres Vorsitzenden Roderburg traten die idealen Momente unserer Bewegung in den Vordergrund, was ja namentlich in Arbeiterinnenversammlungen auch der Fall sein muß. Eingehende Darlegungen wurden auch den Unterstützungsvereinigungen unseres Verbandes gemeldet und ferner den Beschlüssen unserer Nachener Generalversammlung. Kollege Schümmer ergänzte die Ausführungen noch nach den verschiedensten Seiten. Wir sind überzeugt, daß die Versammlung ihren Zweck nicht verfehlen wird.

Soziale Rundschau.

Ueber die Rechtsstreitigkeiten in der Arbeiterversicherung gibt eine zahlenmäßige Uebersicht in der Februar-Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ Auskunft: Von sämtlichen Trägern der Unfallversicherung (gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden) wurden 1910: 416 913 berufungsfähige Bescheide erlassen, und zwar 234 705 in gewerblichen und 182 208 in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren.

In 72 917 Fällen wurde Berufung gegen den Bescheid eingelegt, davon in 49 830 Fällen (68,34%) auf Grund der gewerblichen Unfallversicherung. Die Zahl der Bescheide und der Berufungen ist im Jahre 1910 etwas zurückgegangen.

Die Häufigkeit des Rechtsmittels der Berufung, gemessen an dem Prozentverhältnisse der anhängig gewordenen Berufungen zu den berufungsfähigen Bescheiden, betrug 1910: 17,49, 1909: 18,09, 1908: 17,87, 1907: 16,98, 1906: 17,37, 1905: 17,38, 1896 (höchste Zahl) 24,02, 1901 (niedrigste Zahl) 16,89, und zwar in gewerblichen Unfallversicherungsjahren 1910: 21,23, 1909: 22,82, 1908: 21,89, 1907 (niedrigste Zahl) 20,71, 1906: 21,43, 1905: 21,77, 1894 (höchste Zahl) 26,37, und in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren 1910: 12,57, 1909 (niedrigste Zahl) 12,50, 1908: 12,56, 1907: 12,54, 1906: 12,77, 1905: 12,71, 1896 (höchste Zahl) 21,44.

Von 100 durch Schiedsgerichtsartteil erledigten Streitigkeiten wurden 1910 nur 17,15 durch völlige oder teilweise Abänderung, also zugunsten der Versicherten, erledigt. Dieser Anteil beträgt bei den gewerblichen Unfallversicherungsjahren 17,29, bei den landwirtschaftlichen 16,88.

Gegen das Schiedsgerichtsartteil wurde in 25 666 Fällen Rekurs beim Reichsversicherungsamt eingelegt, davon 20 721 oder 80,7% auf Grund der gewerblichen Unfallversicherung.

Das Rechtsmittel der Rekurs wird häufig von den Versicherten als von den Versicherungsträgern eingelegt. Auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsartteile entfallen anhängig gewordene Rekurse der Versicherten in gewerblichen Unfallversicherungsjahren 1910: 24,61 1894 (höchste Zahl) 27,61, 1891 (niedrigste Zahl) 20,00, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren 1910: 15,41, 1901 (höchste Zahl) 18,33, 1892 (niedrigste Zahl) 11,36.

Für die Rekurse der Berufsgenossenschaften usw. sind die entsprechenden Ziffern der Rekursfrequenz bei den gewerblichen Unfallversicherungsjahren 1910: 7,24, 1901 (höchste Zahl) 10,16, 1894 (niedrigste Zahl) 4,90, bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren dagegen 1910: 5,11, 1893 (höchste Zahl) 7,08, 1905 (niedrigste Zahl) 3,37.

Auf je 100 unter die Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes fallende rekursfähige Schiedsgerichtsartteile entfallen im Jahre 1910: 23,79 bei dieser obersten Instanz anhängig gewordenen Rekurse, und zwar in gewerblichen Unfallversicherungsjahren 31,85, in landwirtschaftlichen 20,52. Die Häufigkeit des Rechtsmittels des Rekurses schwankt seit 1891 bei den gewerblichen Unfallversicherungsjahren zwischen 26,10 (1891) und 35,62 (1901), bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren zwischen 17,08 (1892) und 24,68 (1898).

Mit Erfolg wurde das Rechtsmittel des Rekurses eingelegt, indem es zu einer völligen oder teilweisen Abänderung des ursprünglichen Schiedsgerichtsartteils

führte, von den Versicherten in gewerblichen Unfallversicherungsjahren 1910: 16,8, 1907 (höchste Zahl in den letzten fünf Jahren) 18,6, in landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren 1910: 19,5, 1907 (höchste Zahl in den letzten fünf Jahren) 20,5 v. H. der durch Urteil erledigten gleichartigen Rekurse der entsprechenden Art.

Die erfolgreichen Rekurse der Versicherungs-träger sind zahlreicher. In dem obigen Sinne betragen sie bei den gewerblichen Unfallversicherungsjahren 1910: 54,9, 1908 (höchste Zahl in den letzten fünf Jahren) 53,2, bei den landwirtschaftlichen Unfallversicherungsjahren 1910: 56,7 v. H. (auch höchste Zahl in den letzten fünf Jahren) der durch Urteil erledigten gleichartigen Rekurse.

In Invalidenversicherungsjahren wurden 1910: 188 291 berufungsfähige Bescheide, und zwar 175 369 in Invalidenrenten- und 12 922 in Altersrentensachen erlassen; dazu kommen noch 193 232 mit der Bescheide anfechtbare Bescheide in Beitragsverstattungssachen, die hier außer Betracht gelassen sind.

Berufungen in Invalidenversicherungsjahren wurden bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung im Jahre 1910: 29 014, und zwar 28 608 in Invalidenrenten- und 406 in Altersrenten anhängig.

Die Berufungshäufigkeit, berechnet auf 100 berufungsfähige Bescheide, betrug bei den Invalidenrentensachen 1910: 16,3, 1909: 16,1, 1908: 16,0, 1907: 15,0, 1906: 15,0, 1905: 14,3, 1904: 14,3, 1903: 11,0, 1902: 11,0, bei den Altersrentensachen 1910: 3,1, 1909: 3,0, 1908: 4,0, 1907: 4,0, 1906: 4,1, 1905: 4,4, 1904: 5,0, 1903: 5,1, 1902: 7,0.

Erfolg für die Versicherten hatte das Rechtsmittel von 100 der durch Urteil erledigten Berufungen 1910 in 18,0 Fällen.

Bei dem Reichsversicherungsamt in der Revisionsinstanz wurden 1910: 6655 Revisionen anhängig, und zwar 5705 Revisionen der Versicherten (in Invalidenrentensachen 5629, in Altersrentensachen 76) und 950 Revisionen der Versicherungsanstalten usw. (in Invalidenrentensachen 939, in Altersrentensachen 11).

Von den Revisionen hatten Erfolg für die Versicherten 0,67 vom Hundert, für die Versicherungs-träger 18,97 vom Hundert.

Wie man sieht, ist die Spruchfällung am Schiedsgericht sowohl als auch am Reichsversicherungsamt für die Versicherten im allgemeinen recht ungünstig.

Gewählt

hat der Zentralvorstand zum Lokalbeamten für die Oberlausitz den Kollegen **H. Wicker** aus Zittau (Oberlausitz), zum Lokalbeamten für Gronau den Kollegen **Wilhelm Berez** aus M.-Glabach.

Der Zentralvorstand spricht den anderen Kollegen für ihre Bewerbungen seinen besten Dank aus.

Briefkasten.

Einige Verbandskollegen wenden sich mit folgender Anfrage an die Geschäftsstelle. Wir bitten unsere Mitglieder, die Auskunft geben können, diese bald an die Redaktion gelangen zu lassen.

Wir haben hier bis jetzt, wie das auch anderwärts geschieht, in der Tuchbranche unsere Ketten angedreht. Wir gebrauchten dazu eine Mischung, bestehend aus gewöhnlichem Schmirgel und gemahlener Kreide. Nun sind in letzter Zeit Klagen gekommen, es würden dadurch Flecken in den Stücken verursacht, die nicht mehr ausgingen. Besonders dränge das durch auf die ersten Netze, die auf den Tuchaufnehmer kommen. Infolgedessen hat man uns gänzlich unterlag, noch weiter mit dieser Masse anzudrehen. Wir haben schon mit verschiedenen andern Sachen versucht, so u. a. mit Maschinensett, gereinigtem Öl, Mehl; doch diese Oele sind alle zu glatt. Es hat uns nun die Voraussetzung die Feder in die Hand gedrückt, es wären womöglich ehemalige Seidenweber unter Ihnen, welche vielleicht darüber Bescheid wüßten, eine andere Masse herzustellen, welche keine unverbesserlichen Flecken hinterläßt. Wir würden Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie uns ein Mittel angeben könnten, welches obigen Eigenschaften entspricht.

Versammlungskalender.

- Barmen.** 18. März, 8 1/2 Uhr, bei Vogel, Rödigerstr. 16.
- Braunschweig.** 25. März, 6 1/2 Uhr, bei Böh, vor dem Berge.
- Eberfeld.** 18. März, 8 Uhr, bei Herzerath, Klostbahn.
- Eisenheim (Bischofs).** 26. März, 5 Uhr, bei Goersheim.
- Gera N. i. L.** 18. März, 4 1/2 Uhr, im Kronprinz.
- Gießenkirchen.** 19. März, 6 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- Hannover.** 2. April, 6 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus, öffentliche Versammlung.
- Krefeld.** 19. März, 10 1/2 Uhr, bei Wwe. Gammes, Vorstand, Förderer und Agitationskomitee-Versammlung.
- Leipzig.** Jeden dritten Sonntag im Monat, gleich nach Herbstabend Versammlung in der „Germania“.
- Münster.** 25. März, 8 Uhr, bei Hub. Pöggel, Mühlenstr.
- Nürnberg.** 2. April, 9 1/2 Uhr, bei Gust. Reyer, General-Versammlung.
- Pinneberg.** 19. März, 1 1/2 Uhr, bei Ww. Pahn, Wohlfahrts-Gesellschaftsversammlung.
- Reichart.** 22. März, 8 Uhr, im „Marktgräber Hof“ (H. Saal), Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung.
- Reichen.** 19. März, 7 Uhr, bei J. Köppen, Generalverf.
- Rochsburg.** 25. März, 8 Uhr, bei Joh. Käfers.
- Schiff.** 19. März, 1 1/2 Uhr, im Saale zum „Weißen Kopf“.
- Schiff.** 25. März, 7 Uhr, bei Josef Gerthmann.
- Siedingen (Baden).** 26. März, 3 Uhr, im kath. Vereinshaus, Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung.
- Verlautenheide.** 19. März, 5 Uhr, bei Jakob Kahlen, Monatsversammlung und Unterrichtskursus.

Wierzen. 25. März, 5 1/2 Uhr, bei Wwe. Pönes.
Wierzen. 19. März, 10 1/2 Uhr, bei Herrn Max Pathe, öffentliche Versammlung.
Wierzen. 19. März, nach dem Hochamte, bei Schümmer, a. d. Kirche, Generalversammlung.

Vennwegen. 26. März, 11 Uhr, bei Wagemann, General-Versammlung des Konsumvereins Vennwegen, G. m. b. H., in Liquidation. L. D.: Schluß der Bilanz. Die Liquidatoren: (L. — M.) P. Tings, Jos. Wagemann.

Adressenänderung.

Bezirk Bamberg-Gulda.
 Das Sekretariat des Bezirkes befindet sich nunmehr **Bamberg, Obere Sandstr. 331.** Fernruf 456.
 Die Geschäftsstelle für das Lokalsekretariat Bamberg hat dieselbe Adresse.
 Mit kollegialem Gruß
 Gerh. Müller, Bezirksleiter.
 Fritz Wittkind, Geschäftsführer.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Luise Jung in Greiz.
 Bernhard Vöcking in Rheine.
 Wilhelm Pispers in M.-Glabach.
 Caspar Meissen in Düren.
 Johanna Lenssen in Lobberich.
 August Aupke in Emsdetten.
 Katharina Loser in Viersen.
 Hermann Maass in Warendorf.
 Carl Herne in Eupen.
 Carl Strötgen in Werden.
 Fritz Junge in Ostritz.
 Gerhard Jentjes in Kaldenkirchen.
 Maria Opstals in Dornbusch.
 Gertrud Dupon in Gronau.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

„Gesammelte gemeinnützige Volksbibliothek.“
 1. Teil, erstes bis zehntes Heft, Verlag des Volksvereins für das kath. Deutschland, Preis 50 Pf.
 Die Brochüre bildet eine sehr wertvolle Sammlung von einigen kleinen Flugschriften, die im Laufe der Zeit von dem gleichen Verlage herausgegeben wurden. Wir machen nur eine ganz kurze Inhaltsangabe, um den Wert dieser Sammlung darzutun: Der erste Teil handelt über den Wert der Volksgesundheitspflege, wie sie geübt und wie gegen die vielen Schädlinge einer kräftigen Volksgesundheit wirksam angelämpft werden kann. Für den Arbeiter sind besonders wertvoll die beiden folgenden Kapitel über „die Hygiene der Arbeiter“ und über „Arbeiterkrankheiten“. Das erst genannte Kapitel hat folgende Unterabteilungen: „Arbeit und Erholung, Arbeitsmenge und Gesundheit, Arbeitsgegenstand und Gesundheit, Arbeitsraum und Gesundheit, Persönliche Hygiene, Gesundheit und Wohnung, Gesundheit und Ernährung. Das zweite hat folgende Unterabteilungen: Ursachen der Arbeiterkrankheiten, Arten der Arbeiterkrankheiten, Augenkrankheiten, Ohren-, Nasen- und Hautkrankheiten, Krankheiten der Atmungsorgane, Magen- und Darmleiden, Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße, Schädigungen des Knochengestirns, Nervenleiden, Versagen der Muskelkraftigkeit, Erkrankungen des Stoffwechsels, Vergiftungen, Unfälle in der Arbeit.“
 In den folgenden beiden Hauptkapiteln wird Unterricht in der Samariterhandfertigkeit gegeben, weiter wird behandelt die Gesundheit der Schulkinder, die kommunale Gesundheitspflege, die Sittlichkeit unseres Volkes, Schule und Elternhaus, Naturschutz und Heimatpflege.
 All diese Fragen werden zwar kurz aber doch sach- und fachgemäß behandelt, so daß das Buch einen wertvollen Bestandteil einer Hausbibliothek bilden würde. Wir können die Anschaffung, namentlich auch bei dem billigen Preise, nur angelegentlichst empfehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Frühlingsnahen. — Artikel: Baumwollindustrie und „Baumwollfrage“. — Die deutsche Handelspolitik im 19. Jahrhundert. — Wird er kommen? — Aus den Textilarbeitergenossenschaftsberichten vom Jahre 1909. — Wichtig für die preussischen Steuerzahler. — Feuilleton: Die deutsche Leinwandindustrie unter Napoleon I. — Aus der Arbeiterbewegung: Laten. — Was muß bei Versammlungen für Arbeiterinnen berücksichtigt werden? — Ein konservatives Urteil über die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Der alte Text in anderer Melodie. — Ein entlarvter Schwindler. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1910. — O, diese Philosophen. — Die Mitglieder gegen die Führer. — Die Latit des Aushungerns. — Aus unserer Industrie: Die Auswüchse im Jutegeschäft. — Ueber die Geschäftsfrage im Buppertal. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohrbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: M.-Glabach, Greiz, Schwelm. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Goeßfeld. — Forst (Lauß). — M.-Glabach. — Pinsbeck. — Höfen. — Meisen. — Neustadt (D.-S.). — Hanenburg. — Thiengen. — Viersen. — Wierzen. — Soziale Rundschau: Ueber die Rechtsstreitigkeiten in der Arbeiterversicherung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.